



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

24. Sitzung vom 29. Juni 2015

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00–22.10 Uhr

Leitung: Rahel Bänziger

Anwesend: 36 Mitglieder (P. Spitz ab 19.30 Uhr)

Entschuldigt: B. Benthaus, J. Blaser, R. Ewald, M. Ziegler

Präsidentin:

Rahel Bänziger

Protokoll:

Dominique Ehksam

Mitteilungen der Präsidentin:

Präsidentin Rahel Bänziger begrüsst die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie die Gäste zu ihrer letzten Sitzung als Präsidentin. Speziell begrüsst sie auch die Schülerinnen der Musikschule Binningen-Bottmingen.

Es haben sich Bettina Benthaus, Jürg Blaser, Roy Ewald und Markus Ziegler entschuldigt. Philippe Spitz ist ab 19.30 Uhr anwesend.

Die Präsidentin hat bereits in der letzten Sitzung den Rücktritt von *Alexander Huber*, CVP/GLP-Fraktion angekündigt, er wird heute das letzte Mal an der Einwohnerratssitzung teilnehmen. Alexander Huber war seit 1. Juli 2012 Mitglied des Einwohnerrats sowie stellvertretendes Mitglied der GRPK. Die Präsidentin dankt ihm für seine Mitarbeit im Rat und überbringt ihm Glückwünsche für seine politikfreie Zukunft. (Ein Geschenk wird übergeben.) Nachfolger von Alexander Huber wird *Jean-Bernard Urech* sein, er ist dem Rat bereits als früheres Einwohnerrats-Mitglied bekannt.

Bereinigung der Traktandenliste: Der Gemeinderat hat Traktandum 11 zurückgezogen. Die restlichen Traktanden werden vom Einwohnerrat gutgeheissen.

Während dem Austeilen und Einsammeln der Wahlzettel anlässlich der Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums des Einwohnerrats werden einige Schülerinnen der Musikschule Binningen-Bottmingen Musikstücke aufführen. Diese werden zur gegebenen Zeit angesagt.

Am Schluss dieser Sitzung sind alle herzlich zu einem von der Gemeinde Binningen offerierten Apéro eingeladen.

EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Es wurden drei Anfragen sowie ein Postulat eingereicht. Die eingegangenen Anfragen werden am Schluss der Sitzung durch die Gemeinderäte beantwortet.

- Anfrage D. Zimmermann, FDP: Strassensanierung Winterhalde, Umfrage zu Projektvarianten 163
- Anfrage St. Glaser/R. Moll, Parteilos: Verschmutzung Nordfassade Imhof-Haus 164
- Anfrage St. Glaser/R. Moll, Parteilos: Ausgebauter Lift in der ehemaligen Schlossmauer 165
- Postulat Grüne/EVP-Fraktion: Umsetzung Förderung Energieeinsparungen und Wiederaufnahme Umweltprojekt 166

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 04.05.2015	
2. Antrag des Büros des Einwohnerrats vom 26.06.2015: Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2015–30.06.2016	157
3. Antrag des Büros des Einwohnerrats vom 26.06.2015: Wahl des Vize-Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 01.07.2015–30.06.2016	158
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.04.2015 und Bericht / Antrag der GRPK vom 10.06.2015: Jahresbericht 2014 und Leistungsberichte 2014 Geschäftskreisführung: Mike Keller	150
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.02.2015: Revision des Polizeireglements Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	149
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.06.2015: Testplanung Dorf: Nachtragskredit Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli	162
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.06.2015: Rückständebericht 2015 Geschäftskreisführung: Mike Keller	152
8. Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) vom 10.05.2015: Erdbebenertüchtigung Primarschulhaus Neusatz: Bewilligung einer Investitionsausgabe für die Turnhalle Neusatz in der Höhe von CHF 800 000 Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	142
9. Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) vom 11.06.2015: Umsetzung kommunale Schulraumplanung: Energetische Sanierung des Primarschulhauses Mühlematt	143
Erdbebenertüchtigung des Primarschulhauses Mühlematt Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	144
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26.05.2015: Kreditabrechnung Garderobengebäude Spiegelfeld Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	153
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.06.2015: Kreditabrechnung Schulraumplanung Mühlematt und Meiriacker Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	159
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.06.2015: Kreditabrechnung diverser Investitionskredite (Schloss) Geschäftskreisführung: Mike Keller	160
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 19.05.2015: Postulat: Kommunale Energieplanung Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli	141
14. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 02.06.2015: Interpellation: Sanierungsprojekt Winterhalde Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	140
15. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 09.06.2015: Zwischenbericht – Kommunale Finanzentwicklung Geschäftskreisführung: Mike Keller	161
16. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 4.5.2015

://: Das Protokoll wird genehmigt und Sandra Sprecher verdankt.

Traktandum 2

Nr. 157

Wahl des Präsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 1.7.2015–30.6.2016

Susanna Keller: Die SVP freut sich, den bisherigen Vizepräsidenten Christoph Anliker zur Wahl als Präsidenten des Einwohnerrats vorschlagen zu dürfen. Somit wird einem jüngeren Mitglied des Einwohnerrats die Chance gegeben, sich für ein Jahr als höchster Binninger einzusetzen. Da er dem Rat bereits bekannt ist, muss er nicht mehr speziell vorgestellt werden.

Intermezzo: Luana Meier, Harfe (Klasse Yvonne Deutsch) von der Musikschule Binningen-Bottmingen, spielt ein Stück von Alphonse Hasselmans.

Da die Auszählung noch länger dauert, wird die Beantwortung der ersten Anfrage «Strassensanierung Winterhalde, Umfrage zu Projektvarianten» vorgezogen (siehe Seite 29).

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 35

Eingegangene Wahlzettel: 35

Leer: 1

Ungültig: 0

Gültige Stimmen: 35

Absolutes Mehr: 18

Christoph Anliker: 32

Andere: 2 (Beatrix Bürgin und Roger Moll)

://: Als Präsident gewählt ist Christoph Anliker, SVP.

Präsidentin *Rahel Bänziger* gratuliert Christoph Anliker ganz herzlich zur Wahl als Präsident.

Traktandum 3

Nr. 158

Wahl des Vizepräsidiums des Einwohnerrats für das Amtsjahr 1.7.2015–30.6.2016

Gaida Löhr: Die SP schlägt *Susanne Tribolet* als neue Vizepräsidentin vor. Nach dem Phil. II-Studium hat sie eine Weiterbildung zur Wirtschaftsinformatikerin absolviert. Zudem hat sie eine grosse Neigung zur Musik und singt seit rund 30 Jahren im Kantatenkonzert-Chor Basel. Beide Seiten hat sie auch politisch eingebracht: 8 Jahre lang war sie Präsidentin vom Musikschulrat Binningen-Bottmingen und im Einwoh-

nerrat als Vize-Präsidentin der GRPK. Die SP ist überzeugt, dass sie eine hervorragende Vize-Präsidentin sein wird.

Intermezzo: Lara Wild, Violine (Klasse Emilie Haudenschild), und Imola Bartha, Klavier. Sie spielen Marche miniature viennoise von Fritz Kreisler.

WAHL

Ausgeteilte Wahlzettel: 35

Eingegangene Wahlzettel: 35

Leer: 1

Ungültig: 0

Gültige Stimmen: 35

Absolutes Mehr: 18

Susanne Tribolet: 29

Andere: 5 (Severin Brenneisen: 2, Beatrice Büschlen: 1, Roger Moll: 1, Gaida Löhr: 1)

://: Als Vizepräsidentin gewählt ist Susanne Tribolet, SP.

Präsidentin *Rahel Bänziger* gratuliert Susanne Tribolet ganz herzlich zur Wahl als Vizepräsidentin.

Traktandum 4

Nr. 150

Jahresbericht 2014 und Leistungsberichte 2014

EINTRETEN

Eduard Rietmann, CVP/GLP, weist als GRPK-Präsident darauf hin, dass der GRPK-Bericht recht umfangreich geworden ist. Die erste Zusammenfassung umfasste noch einige Seiten mehr und die GRPK hat während den vier Sitzungen den Gemeinderat und die Verwaltung befragt, anschliessend wurde der Bericht gemeinsam erstellt. Eduard Rietmann muss den Bericht zwar unterschreiben, aber der heute vorliegende Bericht ist ein Werk von allen fünf Subkos. Rietmann dankt allen Kolleginnen und Kollegen für ihren Einsatz aber auch Sandra Sprecher und Bernard Keller von BKOM, die die GRPK jeweils tatkräftig unterstützen.

Eduard Rietmann greift ein paar Punkte aus dem Bericht heraus, er möchte jedoch nicht den ganzen Bericht wiederholen.

Er geht davon aus, dass sich alle über das Resultat gefreut haben. Trotzdem möchte er am Beispiel auf Seite 5 oben, PG 8 Verkehr/Strassen, eine kritische Bemerkung anbringen, die nicht nur für dieses Thema gilt, sondern auch für andere Bereiche. Er erinnert an die Budgetkürzung von 500 000 Franken, die der Einwohnerrat diskutiert und beschlossen hat sowie den Nachtragskredit, der gestellt und abgelehnt wurde. Neben diesen 500 000 Franken konnten weitere 100 000 Franken eingespart werden. Der zuständige Gemeinderat und die Abteilungsleitung haben der GRPK versichert, dass sämtliche notwendigen Arbeiten in dieser Abteilung erledigt worden sind. Solche Budgetabweichungen sollten unbedingt vermieden werden, da der Einwohnerrat und der Gemeinderat auf der Basis des Budgets den Steuersatz bestimmen. Er möchte jetzt aber den Schwarzen Peter nicht der einzigen Abteilung in die Schuhe schieben. Es gab noch andere Budgetabweichungen, die in Zukunft ebenfalls vermieden werden sollten resp. die genauer budgetiert werden sollten.

Ein anderer Punkt betrifft die Allmend- und Parkraumbewirtschaftung: Es ist in der GRPK-Diskussion aufgefallen, dass die von Gemeinderat Daniel Nyffenegger an verschiedenen Orten ausführlich dargelegten Informationen unterschiedlich verstanden wurden. Die GRPK hat deshalb beschlossen, den Gemeinderat per Antrag A1 zu bitten, seine Planungen/Aufträge, die er an die Firma Pfändler gibt, dem Einwohnerrat nochmals klar darzulegen, damit hier in Zukunft keine Verwechslungen und falsche Annahmen entstehen.

Damit möchte er gleich zum zweiten Antrag der GRPK kommen: Da in der Presse immer wieder etliche – je nach Standpunkt – halb falsche/halb richtige Informationen über die GGA veröffentlicht wurden, ist es nach Ansicht der GRPK an der Zeit, dass der Gemeinderat zur Situation Stellung nimmt und den Einwohnerrat ausführlich informiert.

Zu den allgemeinen Bemerkungen, Seite 2, Absatz 4 von unten sowie letzter Absatz: Am Beispiel Altersheim möchte Eduard Rietmann das Anliegen der GRPK deutlich machen, es könnte aber auch für die KESB gelten. Der Einwohnerrat erteilt dem Gemeinderat einen Leistungsauftrag, beispielsweise hat er – salopp gesagt – dafür zu sorgen, dass unsere SeniorInnen im Alter gut aufgehoben sind. Der Gemeinderat kann dieses Altersheim selbst führen, er kann aber auch die ganze Organisation weitergeben und mit dieser Organisation eine Leistungsvereinbarung abschliessen. Diese Leistungsvereinbarung sagt, was die Gemeinde vom Leistungserbringer erwartet – dies auch wieder vereinfacht gesagt. Wenn jetzt der Einwohnerrat, sprich die GRPK, aber im Falle des Altersheims auch der Gemeinderat, ganz gezielt Auskunft zu einer Sache möchte, oder gar eine Kontrolle vornehmen möchte, wird dies teilweise verwehrt. Mit der Begründung – immer noch am Beispiel des Altersheims – dass es eine Stiftung ist und einzig und alleine der Stiftungsrat die Belange von dieser Stiftung führt und entscheidet. Aus Sicht der GRPK widerspricht dies möglicherweise dem Gemeindegesetz und der Gemeindeordnung. Dort heisst es, dass die GRPK ein Kontrollrecht in allen Organisationen hat, an der die Gemeinde beteiligt ist. Was jetzt im Einzelfall richtig oder falsch ist, das mögen die Juristen untereinander aushandeln, das ist nicht die Aufgabe der GRPK. Die GRPK ist aber der Meinung, dass diese Leistungsaufträge an den Gemeinderat resp. die Leistungsvereinbarungen mit den Leistungserbringern so formuliert sein sollten, dass der Gemeinderat resp. der Einwohnerrat oder die GRPK, auch Auskunft bekommt, wenn er dies verlangt und dass man in solchen Organisationen auch einen gewissen Einfluss hat. Denn die GRPK ist der Meinung, wo Binningen drauf steht, soll auch Binningen drin sein. Und wenn Binningen drin ist, dann sollte der Einwohnerrat resp. der Gemeinderat auch ein Kontrollrecht haben.

Im Übrigen schlägt die GRPK vor, den Anträge des Gemeinderats, die die GRPK unverändert übernommen hat, zuzustimmen.

Stefan Kaiser, FDP: Mit der neuen Rechnungslegung HRM2 hat sich viel geändert. Die Bilanz wurde um ca. 20 Millionen aufgebläht, weil Stille Reserven aus Liegenschaften aktiviert wurden. Zudem hat sich die Abschreibungspraxis geändert und die Folgen einer Investition müssen nun über die weiteren Jahre im Budget klar eingerechnet werden. Die FDP kann der Rechnung 2014 etwas Positives abgewinnen und zwar, dass sie besser als budgetiert abgeschlossen hat. Das kleine Defizit von 350 000 Franken wäre ohne die Mehraufwändungen durch den horizontalen Finanzausgleich sogar positiv ausgefallen. Dazu beigetragen haben sicher die Steuereinnahmen aus Vorperioden. Hier geht die Fraktion mit dem Gemeinderat einig, dass diese sicher auch künftig nicht budgetiert werden sollten. Nur teilweise einverstanden ist die Fraktion jedoch mit der Feststellung, dass die ergriffenen HÜP-Massnahmen jetzt vollumfänglich durchgeschlagen haben und deshalb die Rechnung eher positiv ausgefallen ist. Ihres Erachtens hat auch hier eine klare Fehlbudgetierung dazu beigetragen. Dies lässt sich zu ihrem grossen Erstaunen und Unverständnis auf Seite 13 von 143 belegen, Zitat: «Es gab weniger strenge Vorgaben und die Ausgaben wurden zum Teil prozentual aufgrund einer angenommenen Teuerung erhöht. Es ist nicht auszuschliessen, dass das Budget 2014 aus dieser Sichtweise zu hoch ausgefallen ist.» Der GRPK-Präsident hat es bereits erwähnt: das ist unseriös und es stellt sich natürlich unmittelbar die Frage, ob der Zeitpunkt der Steuererhöhung, die der Einwohnerrat in der letzten Budgetdebatte beschlossen hat, eventuell nicht ein Jahr zu früh gekommen ist. Denn es scheint, dass die Basis für diesen Entschluss auf sehr wackligen Beinen gestanden ist. Die FDP erwartet, dass der Budgetprozess 2016 seriöser abgewickelt wird, damit in der nächsten Rechnung nicht mehr solche Kommentare zu lesen sind. Die Fraktion

unterstützt die Anträge 1 und 2 der GRPK und wird trotzdem auch der Rechnung, so wie sie der Gemeinderat vorgelegt hat, zustimmen.

Silvia Bräutigam, CVP/GLP, dankt der Verwaltung für die Berichterstattung und der GRPK für die Prüfung. Die Rechnung weist einen Verlust von 350 000 Franken aus, gegenüber einem budgetierten Verlust von 3,2 Millionen Franken. Unter anderem sind die Steuereinnahmen höher ausgefallen und die Sparanstrengungen zeigen Wirkung. Wäre der Finanzausgleich nicht um 1,3 Millionen höher ausgefallen, würde sogar ein Überschuss vorliegen. Die Fraktion ist sich bewusst, dass in den nächsten Jahren grosse Investitionen auf die Gemeinde Binningen zukommen. Umso mehr müssen die Sparanstrengungen weiterverfolgt werden, die Budgetgenauigkeit hinterfragt und auch die Investitionen genau überprüft werden. Die GRPK wird im kommenden Jahr alle steuerbaren Ziele sowie die Verhältnismässigkeit prüfen, was die Fraktion sehr unterstützt. Die CVP-/GLP-Fraktion stimmt allen Anträgen der GRPK zu.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Die Rechnung 2014 schliesst zwar viel besser ab als budgetiert, aber immer noch im Minus. Diese Verbesserung hat zu einem grossen Teil einmalige Gründe, zum Beispiel aufgrund nicht getätigter Investitionen oder Mehrerträge im Bereich der Steuern. Wir haben also eine Momentaufnahme vor uns, wir können nicht von einer Trendumkehr bei unseren Gemeindefinanzen sprechen. Nach wie vor haben wir einen steigenden Mittelbedarf für Abschreibungen, wir müssen Schulraum bauen oder der kantonale Finanzausgleich belastet uns ausserordentlich. Ausserdem haben wir eine Liegenschaftsstrategie mit grossem Finanzbedarf – ein wichtiges Geschäft unter unseren Pendenzen. Wie gross der finanzielle Spielraum ist, wird zudem erst final mit der Ausgestaltung des Artikels 41 der Gemeindeordnung feststehen – eine weitere Pendezenz, die wir haben. Die höhere Budgetdisziplin und die Sparanstrengungen in der Verwaltung können positiv hervorgehoben werden. Zudem ist der Bericht klarer verfasst, strukturierter und einfacher zu lesen. Dafür möchte die Fraktion danken. Dass im Bereich der Umweltsämtliche Projekte, bis auf den Energiefonds, aus Personalmangel nicht umgesetzt werden konnten, ist ihnen jedoch sauer aufgestossen. Die Fraktion ist der Meinung, dass auch diese Projekte wichtig sind für Binningen, sie erwarten dort eine deutliche Verbesserung. Die Grüne-/EVP-Fraktion unterstützt die Anträge des Gemeinderats wie auch die zusätzlichen der GRPK. Auch erscheint es ihnen wichtig, die steuerbaren Ziele zu überprüfen und anzupassen, so wie es angedacht ist – sind sie doch ganz zentral für die Steuerung der Gemeinde durch den Einwohnerrat.

Susanne Tribolet, SP: Dies ist die erste Rechnung unter HRM2. Wir haben es schon gehört, die Umstellung auf das neue System war mit viel Arbeit, vor allem bei der Verwaltung, verbunden. Die SP-Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten für die grosse und kompetente Arbeit, die geleistet wurde. Die Rednerin dankt auch der GRPK für die Detailprüfung. Die Fraktion ist ebenfalls froh, dass der Verlust weniger hoch ist, als er budgetiert wurde. Das hat (mindestens) zwei Seiten: einerseits die Ausgaben, die durch die HÜP-Massnahmen, die jetzt zumindest teilweise angefangen haben zu greifen, tiefer sind als budgetiert, durch die Budgetdisziplin und durch die Sparanstrengungen, die gemacht wurden. Ob all diese Massnahmen wirklich sinnvoll und nachhaltig sind, wird sich noch zeigen. Und auf der anderen Seite sind auch die Einnahmen höher, aber das sind vorwiegend Sondereffekte, die schlecht planbar sind, z.B. die Quellensteuer, die ja schwankend ist und einmal höher und dann wieder tiefer ausfallen. Die Zukunft wird schwierig bleiben. Es sind grössere Investitionen geplant, das hat Abschreibungen zur Folge, dann müssen wir den Kredit zurückzahlen... Das heisst, die Fraktion ist klar der Ansicht, dass es für die Steuererhöhung höchste Zeit war. Die SP-Fraktion wird die Anträge der GRPK und somit vom Gemeinderat annehmen.

Urs Brunner, SVP: Die SVP-Fraktion schliesst sich dem Dank an die GRPK an. Durch die Einführung von HRM2 wurden die Abrechnungen in den einzelnen Produktgruppen transparenter und verständlicher. Die umgesetzten Sparmassnahmen und die Spardisziplin haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Fraktion ist aber gespannt auf die Vorschläge des Analyseberichts von der BDO AG im Herbst. Die SVP unterstützt die Anträge der GRPK und des Gemeinderats.

Roger Moll, Parteilos: Die Steuereinnahmen sollten auf Grundlagen, die wir vor uns liegen haben, besser in den Griff genommen werden können. Der Umfang, der Bericht der GPK, auch die Leistungsaufträge sind lesbarer geworden, es ist ein besserer Vergleich mit dem Budget möglich. Die Parteilosen glauben allerdings, dass die beschlossene Steuererhöhung im Grundsatz gerechtfertigt ist, wenn man weiss, welche Investitionen in den nächsten ein bis zwei, allenfalls drei Jahre auf uns zukommen werden. Die Frage stellt sich aber bei diesen zusätzlichen Steuereinnahmen: wie werden sie verwendet? Der Redner war überrascht, als er in einer Medienmitteilung des Gemeinderats lesen musste, dass er allenfalls, je nach Finanzgrundlage Ende Jahr, eine weitere Erhöhung der Steuern ins Auge fasst. Dazu muss er sagen: «das kommt nun nicht in die Tüte». Denn mit der Steuererhöhung, die der Einwohnerrat letztes Jahr beschlossen hat, sollte man auch in Zukunft auskommen können.

Mike Keller, Gemeindepräsident, weiss, dass es mit der Umstellung auf HMR2 nicht einfacher geworden ist – das vorliegende Jahr ist ein Spezialfall. Ein Spezialfall, weil wir verschiedene Buchungen und positive Effekte haben, die in Zukunft leider so nicht mehr zum Tragen kommen werden. Wir können lange darüber diskutieren, ob die Steuern zum richtigen oder zum falschen Zeitpunkt erhöht wurden. Er denkt aber, dass wir diese Diskussion zu einem späteren Zeitpunkt führen müssen, wenn man auch die ganze Bandbreite sieht, und nicht eine einzelne Momentaufnahme eines aussergewöhnlichen Jahres, das bedingt ist durch buchhalterische Punkte. Er weiss, es gibt verschiedene Zeitungen und dort kann man auch unterschiedliche Sachen lesen, es ist ganz klar – wir haben hier eine Steuererhöhung beschlossen, um die Finanzen für die Zukunft in den Griff bekommen zu können. Diese Steuererhöhung haben wir nicht auf einer Momentaufnahme beschlossen, sondern wir haben sie auf der Basis einer Planrechnung gemacht. Diese Planrechnung umfasst die nächsten fünf bis sieben Jahre. Die weitere Entwicklung in dieser Zeit wird uns zeigen, wohin die Reise gehen wird. Mit den Anstrengungen, die noch ausstehend sind, nämlich mit der weiteren Überprüfung von möglichen Ausgaben, werden wir auch im Einwohnerrat noch eingehend diskutieren können, ob und wenn ja in welchem Ausmass es noch zusätzliche Möglichkeiten gibt und ob diese Möglichkeiten letztlich auch – die SP hat es bereits gesagt – nachhaltig sind oder eben auch einen entsprechenden Beitrag leisten, damit wir fit für die Zukunft sind.

DETAILBERATUNG

Carolle von Ins Hafen, SP, zum GRPK-Bericht, Seite 2, 4. Abschnitt von unten: «Die GRPK beabsichtigt im kommenden Jahr alle steuerbaren Ziele zu hinterfragen. Es ist Aufgabe des Einwohnerrats, die Leistungsziele zu definieren.» Die Rednerin nimmt an, dass es sich dabei um einen Irrtum/Schreibfehler handelt. Es ist bekannt, dass es nicht die Aufgabe des Einwohnerrates ist, die Leistungsziele zu definieren. Wenn wir WoV (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung) wirklich umsetzen, sollten wir mit Wirkungszielen arbeiten. Wenn wir anfangen Leistungsziele zu definieren, dann werden wir wiederum, wie vor einem Jahr, Milchbüchlein-Rechnung machen. Wir sollten uns hinterfragen, welche Wirkungen wir mit bestimmten Geldern und Aufgaben erzielen wollen. Die Definition von Leistungszielen ist Aufgabe der Verwaltung. Und zweitens: Alle Ziele sollen steuerbar sein. Wenn wir unsteuerbare Ziele definieren, dann haben wir ein grosses Problem. Die Rednerin fragt sich dann wirklich, wie wir überprüfen möchten, ob die Ziele erreicht worden sind oder nicht.

Eduard Rietmann, CVP/GLP, bedankt sich für den Hinweis. Es ist kein Schreibfehler, sondern es ist ein Leistungsziel, das die GRPK zum Teil definieren möchte, nicht über alles aber zum Teil. Es hat sich gezeigt, und dazu liegt ein Antrag der GRPK vor, dass WoV nicht das gelbe vom Ei ist und dass man über Wirkungsziele gewisse Ziele eben nicht steuern kann, die vom Einwohnerrat gerne gesteuert werden würden. Aus diesem Grund ist es so formuliert.

ABSTIMMUNG

A) Anträge der GRPK

ABSTIMMUNG 1. Der Einwohnerrat bittet den Gemeinderat, seine jetzige und künftige Planung sowie die Leistungsvereinbarung betreffend des Einsatzes der Firma Pfändler dem Einwohnerrat im Herbst 2015 zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Einstimmig angenommen

ABSTIMMUNG 2. Der Einwohnerrat ersucht den Gemeinderat, die Entscheidungen, die im Zusammenhang mit der GGA durch den Gemeinderat gefällt wurden und noch werden, dem Einwohnerrat zeitnah vorzulegen und über die weitere Entwicklung zu berichten.

Einstimmig angenommen

B) Anträge des Gemeinderats

ABSTIMMUNG 4.1. Leistungsberichte gemäss Beilage

Einstimmig angenommen

ABSTIMMUNG 4.2. Globalrechnungen

Einstimmig angenommen

ABSTIMMUNG 4.3. Positionen ausserhalb des Globalbudgets

Einstimmig angenommen

ABSTIMMUNG 4.4. Laufende Rechnung

Einstimmig angenommen

ABSTIMMUNG 4.5. Ergebnisverwendung

Einstimmig angenommen

ABSTIMMUNG 4.6. Bilanz

Einstimmig angenommen

KENNTNISNAHME 4.7. Investitionsrechnung

ABSTIMMUNG 4.8. Direkte Genehmigung von Abrechnungen

Finanzierung Anteil Binningen an zusätzlichem Salzsilo

Grossmehrheitlich angenommen (1 Enthaltung)

ABSTIMMUNG 4.9. Soll-Stellenplan

Grossmehrheitlich angenommen (4 Enthaltungen)

BESCHLUSS

://: 4.1. Die Leistungsberichte gemäss Beilage werden genehmigt.

4.2. Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 37 602 698 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 019 986
Steuern	CHF	502 478
Gesundheit	CHF	5 234 216
Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 112 844

Bildung	CHF	14 799 148
Öffentliche Sicherheit	CHF	944 461
Soziale Dienste	CHF	7 255 270
Verkehr, Strassen	CHF	2 440 340
Versorgung, Umwelt	CHF	645 539
Ortsplanung, Baugesuche	CHF	736 857

- 4.3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 37 285 727 werden genehmigt.
- 4.4. Die Laufende Rechnung 2014 mit Aufwendungen von CHF 91 410 089, Erträgen von CHF 91 063 117 und einem Aufwandüberschuss von CHF 346 971 wird genehmigt.
- 4.5. Ergebnisverwendung:
Der Bruttoüberschuss 2014 von CHF -346 971 wird wie folgt verwendet:
Verrechnung mit dem Eigenkapital
- 4.6. Die Bilanz 2014 mit Aktiven und Passiven von jeweils CHF 77 783 314 wird gemäss Anhang III genehmigt.
- 4.7. Die Investitionsrechnung 2014 mit Ausgaben von CHF 5 087 620, Einnahmen von CHF 466 257 und Nettoinvestitionen von CHF 4 621 363 wird zur Kenntnis genommen.
- 4.8. Folgende Abrechnungen über Investitionsausgaben gemäss Aufstellung unter Ziffer 7 werden direkt genehmigt:
Finanzierung Anteil Binningen an zusätzlichem Salzsilo CHF 124 476.85
- 4.9. Der Soll-Stellenplan Kat. A wird für die Abteilung BKS auf 1641 % für das Pensum von 60 % Sozialpädagogische Begleitung zur Bereinigung des neuen Stellenplans erhöht.
- 4.10. Der Einwohnerrat bittet den Gemeinderat, seine jetzige und künftige Planung sowie die Leistungsvereinbarung betreffend des Einsatzes der Firma Pfändler dem Einwohnerrat im Herbst 2015 zur Kenntnissnahme vorzulegen.
- 4.11. Der Einwohnerrat ersucht den Gemeinderat, die Entscheidungen, die im Zusammenhang mit der GGA durch den Gemeinderat gefällt wurden und noch werden, dem Einwohnerrat zeitnah vorzulegen und über die weitere Entwicklung zu berichten.

Traktandum 5

Nr. 149

Revision des Polizeireglements

EINTRETEN

Keine Wortmeldungen.

DETAILBERATUNG

Daniel Zimmermann, FDP: Der Gemeinderat hat mit das Reglement an das kantonale Polizeigesetz angepasst und die FDP-Fraktion kann diesem Geschäft grundsätzlich zustimmen. Die Zuständigkeiten in der neuen Kompetenzordnung zwischen Kanton und Gemeinde wurden neu formiert und es sind einige Begriffserklärungen dazugekommen. Materielle Änderungen sind nicht zu erkennen und es handelt sich um einen reinen Gesetzesvollzug. Ob es für dieses Reglement eine 2. Lesung braucht, wird sich zeigen.

Anand Jagtap, Grüne/EVP, dankt für die Vorlage. Das Geschäft liegt jetzt im zweiten Anlauf beschlussreif vor. Nun sind alle wichtigen Anpassungen in der Synopse ersichtlich und es ist klar, worüber beschlossen werden soll. Die vorliegende Aufbereitung wünscht sich die Fraktion als Standard für künftige Anpassungen von Rechtstexten. Inhaltlich ist die Fraktion mit der Fassung, so wie sie nun vorliegt, einverstanden. Obwohl bereits durch übergeordnetes Recht geregelt, ist die Fraktion wie vorgeschlagen für die Beibehaltung von § 11. Das neue Reglement trägt der neuen Aufteilung von den Zuständigkeiten und Kompetenzen Rechnung und berücksichtigt auch die künftige Zusammenarbeit mit Gemeindepolizeien unserer Nachbargemeinden.

Simone Abt, SP, schliesst sich dem Dank der Vorredner an. Die Fraktion kann die Version, wie sie jetzt vorliegt, zum allergrössten Teil ohne Kommentar durchwinken. Es handelt sich, wie bereits erwähnt, um eine Anpassung an kantonales Recht. Es gibt zwei Punkte, zu denen die Fraktion in der Detailberatung noch Anmerkungen machen möchte, jedoch ohne Anträge zu stellen. Eine allgemeine Bemerkung: Am meisten zu reden gegeben hat in der Fraktion die rückwirkende Inkraftsetzung eines Erlasses, insbesondere wenn es um ein Eingriffsgesetz geht. Dies ist störend, selbst wenn es der Kanton so vorgibt – eine Notwendigkeit sieht man hier wirklich nicht. Die Fraktion wird aber auch dazu keinen Antrag stellen. Sie würde aber beliebt machen, dass auch gegenüber dem Kanton versucht wird, dies in Zukunft zu vermeiden.

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Die CVP/GLP-Fraktion stimmt den Vorrednern zu. Es gibt einen kleinen Wermutstropfen und dazu eine Bitte zur Gemeinderats-Vorlage Seite 2, 5. Einfluss auf weitere Reglemente: Die Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn diese Einflüsse bei einer Gesetzesänderung aufgezeigt und auch mit vorgelegt würden. Weil das «betroffene Verwaltungs- und Organisationsreglement» ist ein Reglement, das im Prinzip die Verwaltung betrifft. Wann wird das gemacht? Welchen Einfluss hat dies? Dies wäre für den Einwohnerrat dienlich, wenn man das ebenfalls sehen würde.

Urs Weber, SVP: Auch die SVP-Fraktion kann sich den Vorredner anschliessen und sich für die Zusammenstellung dieses Geschäfts bedanken. Auch die SVP-Fraktion hat es gelesen und angeschaut und festgestellt, dass es nur um eine Anpassung geht. Deshalb kann die Fraktion das Gesetz so wie es vorliegt, durchwinken.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger hat im Moment nichts beizufügen. Er dankt dem Einwohnerrat für die Aufnahme des Geschäfts und für die Voten und ist gespannt auf die Detailberatung.

DETAILBERATUNG

§ 3 Grundsatz

Daniel Zimmermann, FDP: Hier ist die Rede von 'Nachbarschaft und Drittpersonen'. Diese Begriffsformulierung ist in den folgenden §§ 4 und 5 nicht wörtlich übernommen worden und führt in der Interpretation zu Unklarheiten. Ein Beispiel: gilt Nachtruhe nur für Drittpersonen, oder warum ist die Nachbarschaft nicht aufgeführt? In § 4 ist nur die Rede von Störwirkungen von Geräten auf Nachbarschaften, sind hier Drittpersonen nicht betroffen? Auch bei § 5 ist eine unvollständige Formulierung festzustellen. Die FDP ist sich bewusst, dass es sich hier um reine Wortspiele handelt, sieht aber im Vollzug dieses Reglements ein Qualitätsproblem im Ermessensspielraum der betroffenen Streitparteien. Binningen möchte präzise formulierte Reglemente und Verordnungen, die korrekt angewendet werden können, und stellt den Antrag, dass in §§ 3, 4 und 5 die Begriffe von 'Nachbarschaft und Drittpersonen' gleich zu formulieren sind.

ABSTIMMUNG Antrag FDP

Die in § 3 Grundsatz verwendete Bezeichnung «Nachbarschaft und Drittpersonen» wird für § 4 und § 5 identisch übernommen.

Einstimmig angenommen.

§ 4 Nachtruhe, Haus- und Gartenarbeiten, Apparate und Musikinstrumente

Daniel Zimmermann, FDP: In § 4 ist die Mittagsruhe für alle geregelt und es ist unbestritten, dass die Mittagsruhe eingehalten werden soll. Die FDP versteht aber die Überlegungen des Gemeinderats nicht, wieso hier zwischen gewerblichem und privatem Lärm unterschieden wird. Wenn in einem Garten der Rasen von der Gartenbaufirma Grün GmbH um 13 Uhr maschinell geschnitten wird, muss der private Nachbar zuschauen und bis um 14 Uhr mit seiner Gartenarbeit warten. Das versteht der Bürger nicht. Die FDP ist deshalb für Gleichbehandlung der Mittagsruhe und stellt den Antrag, dass alle lärmigen Arbeiten von Privaten, Industrie und Gewerbe ab 13 Uhr möglich sein sollen.

Gaida Löhr, SP, kann hier zur Aufhellung beitragen: das ist nicht nur im Gemeinderat so überlegt worden, sondern das wurde schon bei der Ausarbeitung des letzten Polizeireglements diskutiert. Der Unterschied ist, dass man dem Gewerbe kaum auferlegen kann, dass sie eine Stunde lang nicht arbeiten während der Arbeitszeit. Es kommt aber sicher weniger häufig vor, dass ein Profi nebenan den Rasen mäht, als es der Nachbar tut. Von diesem kann man schon erwarten, dass der die Mittagsruhe einhält. Diese Überlegung hat man schon ein paar Mal gemacht und ist immer wieder zu diesem Schluss gekommen, ihrer Meinung nach auch zu Recht.

Sven Inäbnit, FDP: Darum ist es umso mehr an der Zeit, dass man diesen Anachronismus aus diesem Reglement entfernt. Heutzutage muss man sich eigentlich sowieso fragen, wieso die Mittagsruhe von 12 bis 13 Uhr definiert ist, sie könnte gerade so gut von 13.30 bis 12.30 Uhr definiert sein. Bei den heutigen Arbeitsmodellen und Arbeitszeiten ist das überhaupt nicht mehr zwingend, dass die Mittagsruhe von 12 bis 13 Uhr ist. Die Fraktion findet es eine unliberale Lösung, wenn das Gewerbe eine Stunde lang Mittagsruhe einhalten soll und der Private zwei Stunden. Es gibt überhaupt keinen Unterschied zwischen privatem und gewerblichem Lärm. So gesehen ist dieses Reglement völlig veraltet und nicht gerecht gegenüber den Privaten, die heute vielleicht auch ihre Stundenpläne haben. Man kann sich auch fragen, wer heute noch zuhause ist, heute sind mehr und mehr Arbeitnehmer auswärts. Es kommt schräg und veraltet daher, wenn dieser Unterschied hier immer noch gemacht wird. Es gibt keine sachliche Begründung und schon gar keine rechtliche Begründung.

Gaida Löhr, SP, gibt ihrem Vorredner sofort Recht, dass es viele Leute gibt, die über Mittag nicht nach Hause gehen. Es gibt aber tatsächlich noch viele Kinder, Kleinkinder, die dann einen Mittagsschlaf halten. Und natürlich spielt es keine Rolle, ob es gewerblicher oder nachbarschaftlicher Lärm ist, aber grundsätzlich ist die Idee, dass man die Kinder noch einen Mittagsschlaf machen lassen kann, das ist schon sinnvoll. Und warum man das Gewerbe ausnimmt, hat sie bereits erklärt.

Philippe Spitz, SP: Es geht ja bei Lichte betrachtet darum, dass man den notwendigen Lärm nicht ausschliesst und dass der Lärm, der wirklich nicht notwendig ist, verhindert wird. Um das geht es ja genau. Diese Regelung hat sich bewährt und wenn schon neue Arbeitsformen angesprochen werden: er geht nicht davon aus, dass die neuen Arbeitsformen lärmintensiv sind. Also bleiben wir doch bei dieser Regelung, die sich bisher bewährt hat. Bekämpfen wir den Lärm, dort wo wir können, wo er nicht notwendig ist. Das Gewerbe, das vielleicht notwendigerweise Lärm veranstalten muss, darf dies weiterhin.

Severin Brenneisen, SP: Bei der heutigen Verdichtung, die wir immer mehr fördern und die immer mehr eine Wirklichkeit und Realität ist, ist es schon noch gut, wenn es über Mittag einmal ein bisschen ruhiger ist. Alle, die bereits einmal das Vergnügen hatten, im Bereich einer Baustelle zu leben, die über mehrere Monate geht, und zum Teil auch noch im Sommer, sind wahrscheinlich dankbar, wenn es wenigstens eine Stunde ruhig ist.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: In Binningen haben wir kein Gewerbe und Industrie, also Industrie schon gar nicht. Wenn kleinere Kinder schlafen, kann man auch mal einen Gewerbetreibenden fragen, ob er seinen Arbeitsablauf umstellen kann und lärmintensive Arbeiten eine halbe Stunde später macht. Das hat sich bis jetzt auch immer bewährt, man kann miteinander reden, das macht sowieso am meisten Sinn. Die Grüne/EVP wird nicht umstellen.

Jürg Humbel, FDP: Da müsste man konsequenterweise auch das Entsorgen von Flaschen verbieten, denn das ist gar kein lustiger Lärm und seines Wissens ist der nur am Sonntag und in der Nacht. Das gehörte dann in die gleiche Kategorie.

Peter Heiz, FDP: Es kommt ja selten vor, dass er mit der SP-Fraktion einer Meinung ist, aber dieses Mal kann er sich der SP-Position anschliessen, auch wenn es der eigenen Fraktion vielleicht weh tut. Er ist für eine extensive Auslegung der Mittagsruhe, ist ein heftiger Verfechter der Siesta und jede halbe Minute Ruhe, die gewonnen werden kann, unterstützt er.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger möchte ein paar Bemerkungen dazu machen, die der Meinung des Gemeinderats entsprechen. Er hat sich die Mühe gemacht, bei unseren Nachbargemeinden nachzuschauen, wie es dort geregelt ist. Er kann bestätigen, dass die Regelung heute sowohl in Bottmingen, in Allschwil und in Oberwil genau gleich ist, wie wir es in Binningen haben. Also die Ruhezeiten und auch die Einschränkungen bis um 13 Uhr, und sonst von 12 bis 14 Uhr. Er hat bei einer Gemeinde einen interessanten einleitenden Satz im Reglement gefunden, § 11, Zitat: «Jedermann hat Anspruch auf Ruhe und Ordnung. Das Vermeiden von Lärm gehört zu den vordringlichsten Pflichten der Bevölkerung.» Der Redner kann das Votum von Peter Heiz unterstützen. Zu diesem Thema hat er sich nämlich auch noch ein bisschen erkundigt. Wenn man einen Mediziner zwecks Beurteilung von einer Mittagsruhe miteinbezieht, so wird eine Mittagspause als sinnvoll und als Beitrag zur Erhaltung der Gesundheit definiert. Es geht hier nicht nur um Kleinkinder, es gibt auch ältere Leute, die gerne einen Mittagschlaf machen, wir haben auch Arbeitnehmende, die über Mittag nach Hause gehen und 20 Minuten ausruhen wollen und dann wieder gestärkt zur Arbeit gehen.

Anmerkung der *Präsidentin:* Es ist sicher schon das dritte Mal, seit sie im Einwohnerrat ist, dass darüber abgestimmt wird.

ABSTIMMUNG Antrag FDP, Gleichstellung von gewerblichem und privatem Lärm
Grossmehrheitlich abgelehnt.

§ 5 Licht

Simone Abt, SP: Wie versprochen kein Antrag sondern eine Bemerkung: Wer in Binningen Licht sagt, sagt selbstverständlich auch Lichtinitiative, die seit Herbst rechtsgültig hängig ist in Binningen. Die SP bedauert es, dass der Inhalt nicht schon irgendwie in dieses Reglement eingeflossen ist. Ihr ist klar und es ihnen vom Gemeinderatsvertreter auch gesagt worden, dass das eine andere Laufzeit/einen anderen Fahrplan hat – das Polizeireglement eilt und die Lichtinitiative ist noch nicht über die Bühne. Aber natürlich hätten sie sich – und das erlauben sie sich zu sagen – eine Vision gewünscht.

§ 16 Fahrende

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Die Fraktion hat sich bei diesem Paragraphen gefragt, warum Fahrende aufgeführt werden? Dies ist ja eigentlich auch im höheren Gesetz geregelt (Strassenverkehrsgesetz). Auf der anderen Seite werden Wohnmobil und Wohnwagen nicht erwähnt. Warum diese Differenz?

Gemeinderat Daniel Nyffenegger bedankt sich für die gute Frage. Die Gemeinde ist verpflichtet, den Fahrenden einen Platz zuzuweisen. Dafür vorgesehen ist in Binningen der Platz beim Allschwiler Weiher, der auch schon in der Vergangenheit genutzt wurde, und man hat dort sogar Plumpsklos eingerichtet usw. Seit längerem haben wir dieses Problem nicht in Binningen und die Fahrenden lassen sich schon seit einiger Zeit bevorzugt in Allschwil nieder, auf dem «Plumpi» hinter dem Gemeindegrossschussplatz von Allschwil. Wohnmobilen dürfen für eine kurze Zeit auf ordentlichen Parkplätzen abgestellt werden, zum Beispiel aus Sicherheitsgründen für eine Ruhepause. Es darf aber nicht übernachtet werden, es darf auch nicht sogenannten gewohnt und campiert werden. Die Polizei verweist diese Wohnmobilmfahrer auf einen nächstgelegenen Campingplatz.

§ 17 Geltende Fasnachtstage, Fasnachtsbetrieb

Simone Abt, SP: Dieses Mal, entgegen ihrem Versprechen, kommt nun doch ein Antrag statt nur einer Bemerkung. Weil es kostet eigentlich nicht wahnsinnig viel. Einige Mitglieder in der SP-Fraktion verstehen es nicht, wieso wir zwar zum Beispiel den Sonntag vor der Basler Fasnacht als Fasnachtstag haben, nicht aber die Binninger Schulfasnacht, die alle zwei Jahre am Freitag vor der Fasnacht resp. vor den Sportferien stattfindet. Das ist ein kleiner Anlass, der hier sehr geschätzt wird und den der Einwohnerrat durchaus in die Polizeiordnung/ins Polizeireglement aufnehmen könnte. Die Schulfasnacht könnte so ebenfalls als Fasnachtsbetrieb bewilligt werden, ohne dass ein Gesuch gestellt werden müsste. Das würde den administrativen Aufwand sparen. Es ist ein schon voraussehbares Ereignis und es wäre nicht allzu schwierig, sich darauf einzustellen.

Präsidentin Rahel Bänziger: Der Antrag lautet: § 17, Absatz 1: «... sowie alle zwei Jahre den Freitag vor den Fasnachts- resp. Sportferien zum Anlass der Binninger Schulfasnacht».

Jürg Humbel, FDP, hätte es anders gefasst. So heisst es, es darf nur alle zwei Jahre sein. Er hätte 'plus Schulfasnacht' reingenommen und nicht weiter präzisiert.

Christoph Maier, FDP: Es ist wirklich die Frage, was man gewinnt, wenn man auch noch für Anlässe, die alle zwei Jahre stattfinden – einfach weil wir es können – eine reglementarische Grundlage schafft. Manchmal ist es besser, wenn man ein bisschen weniger reglementiert. Es gab ja noch nie ein Problem, dass die Schulfasnacht nicht hätte durchgeführt werden können – jedenfalls hat der Redner noch nie etwas davon gehört. Er ist aus grundsätzlichen Überlegungen dagegen, dass man für jeden noch so kleinen Anlass im Reglement eine Spur hinterlegen muss.

Simone Abt, SP, würde ihren Antrag gerne im Sinne von Jürg Humbel abwandeln, die grosszügigere Fassung gefällt auch ihr besser.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP, geht mit Christoph Maier einig, Bewilligungen muss man trotzdem einholen, auch wenn der Ergänzung zugestimmt würde. Die Hauptstrasse wird benützt, das Tram kann in dieser Zeit nicht fahren etc. Einfacher wird es so oder so nicht, auch wenn es im Polizeireglement stehen würde. Deshalb findet sie: weniger ist mehr.

Philippe Spitz, SP: Es handelt sich hier eigentlich um ein urliberales Anliegen. Die Schulfasnacht ist nicht irgendein Anlass, sondern hat hier eine jahrzehntelange Tradition. Es ist voraussehbar. Klar, man muss den Verkehr umleiten – aber wir wollen die Schulen entlasten vom Bewilligungseinholen. Die Fraktion bittet um Unterstützung.

ABSTIMMUNG Antrag Anpassung von § 17, Absatz 1: «... sowie den Freitag vor den Fasnachts- resp. Sportferien zum Anlass der Binninger Schulfasnacht».

Ja: 15 / Nein: 20 / Enthaltung: 1

§ 17 wird nicht mit der Schulfasnacht ergänzt.

Stefan Kaiser, FDP: Da der Einwohnerrat in §§ 3, 4 und 5 nur kleine redaktionelle Änderungen beschlossen hat, stellt er den Antrag, auf eine zweite Lesung zu verzichten.

Präsidentin Rahel Bänziger: Der Rat kann den Verzicht einer zweiten Lesung mit einem qualifizierten Mehr (Zweidrittelsmehrheit) beschliessen.

ABSTIMMUNG Antrag keine 2. Lesung

Der Einwohnerrat verzichtet mit einem qualifizierten Mehr auf eine zweite Lesung.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Einstimmig angenommen

BESCHLUSS

- ://: 5.1. Das kommunale Polizeireglement wird beschlossen.
- 5.2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das Reglement nach der Genehmigung durch die Sicherheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft rückwirkend per 1.1.2015 in Kraft zu setzen.
- 5.3. Die in § 3 verwendete Bezeichnung «Nachbarschaft und Drittpersonen» wird für § 4 und § 5 identisch übernommen.
- 5.4. Auf eine zweite Lesung wird verzichtet.
-

Traktandum 6

Nr. 162

Testplanung Dorf: Nachtragskredit

EINTRETEN

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Die Fraktion möchte dieses Geschäft grundsätzlich ablehnen. Der Einwohnerrat hat beschlossen, dass er einen Kreditrahmen von 200 000 Franken bewilligen möchte. Und dies wird hier mit 58 000 Franken überzogen. Die CVP/GLP möchte darauf beharren, dass die 200 000 Franken eingehalten werden. Über den Terminplan müssen wir uns nicht mehr äussern, das ist eh passé.

Die *Präsidentin Rahel Bänziger* erkundigt sich, ob dies ein Rückweisungsantrag ist oder eine Ablehnung des Antrags des Gemeinderats.

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Es ist ein Rückweisungsantrag.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Die Grüne/EVP hat an der Beratung im Februar bereits ihre Zustimmung zu einem höheren Planungskredit gegeben. Für die Fraktion war immer klar, dass bei einem so umfangreichen Projekt Sparen nicht zum Ziel führt. Sie sind auch aus diesem Grund gegen eine Rückweisung. Der Gemeinderat hat auch schon den gekürzten Planungskredit von der letzten Sitzung moniert. Mit der vorliegenden, transparenten Aufstellung zeigt der Gemeinderat auch seinen Willen, die Aufträge des Einwohnerrats kostenbewusst umzusetzen. Und für die Grüne/EVP ist auch die Anzahl der Begleitteams logisch und nötig. Die 2012 geforderte Gesamtplanung im Dorf wird jetzt nämlich endlich konkreter und mittlerweile wollen wir nicht nur wissen, ob im Dorf zusätzlicher Schulraum geplant oder optimiert

werden kann sondern planen auch Verwaltungszuwachs bzw. die Integration der Bauverwaltung. Das ganze Areal Dorf muss also Schulraum, Verwaltungsraum, Freizeitraum, Sportraum beinhalten. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Räume für unterschiedliche Anspruchsgruppen zu planen sind. Der Bildungsraum muss nicht nur den Vorgaben des Bildungsgesetzes entsprechen, sondern auch den Bedürfnissen von Schülerinnen und Schülern, er ist auch Arbeitsplatz für Lehrpersonen. Das Verwaltungsgebäude muss nicht nur dem Service public entsprechen, sondern ist auch Arbeitsraum von Verwaltungsangestellten und muss kurze Wege für effiziente Arbeitsabläufe bieten. Schon nur diese Bedürfnisse fordern viele unterschiedliche Planungskompetenzen. Auch darf nicht vergessen werden, dass Kinder, Schülerinnen und Schüler, Anrecht auf ausreichende Grünflächen mit unverdichtetem Boden haben. Auch auf einem Schulareal soll gelebt und erlebt werden können – dies ist nämlich auch Bildung. Fehlt dies, dann fehlen Bildungsmöglichkeiten. Gefragt sind also auch Kompetenzen zu kinder- und bildungsgerechter Aussenplanung. Beatrice Büschlen erinnert daran, dass auch bauliche und energetische Sanierungen bei den Dorfschulhäusern pendent sind. Und der barrierefreie Zugang im Pestalozzischulhaus ist (noch) nicht gewährleistet – auch dies wurde zurückgesetzt. Dann möchte sie auch zu bedenken geben, dass das Ergebnis, das Bild vom Dorfplatz fürs nächste Jahrhundert verändern wird. Deshalb müssen wir uns qualitativ gute Begleitteams mit den entsprechenden breitem Wissen und Kompetenzen leisten. Es braucht also unbedingt Fachjury für die Möglichkeiten, Sachjury für die Notwendigkeiten und Experten für die Ausführbarkeit. Als Bildungsrätin appelliert die Rednerin weitere Verzögerungen in der Schulraumplanung zu verhindern und endlich Nägel mit Köpfen zu machen, und den Zusatzkredit, der für so eine grosse Planung wirklich nur noch Peanuts ist, zu genehmigen. Die Grüne/EVP-Fraktion lehnt die Rückweisung ab und stimmt beiden Anträgen zu.

Gaida Löhr, SP: Die SP ist etwas gespalten im Zusammenhang mit dieser Vorlage. Einerseits sind sie froh, dass ein Zwischenbericht vorliegt – wobei dieser Bericht rein formal ist. Die Fraktion hat Verständnis dafür, dass das Geschäft komplex ist, teurer wird, langsamer geht. Auf der anderen Seite stellen sie aber auch fest, dass der Gemeinderat relativ klar auf seiner Position beharrt, die er schon im Frühling zum Ausdruck gebracht hat und er eigentlich nicht auf das eingegangen ist, was der Einwohnerrat wollte. Man spart zwar ein bisschen, aber er bleibt im Vorgehen sehr eng an dem, was er eigentlich wollte. Die SP wird dem zustimmen, aber es stellt sich die Frage – Beatrice Büschlen hat bereits viele Punkte aufgelistet – was die Fraktion inhaltlich erwartet. Wichtig ist, dass ein Zwischenbericht erstellt wird, der aufzeigt, was inhaltlich läuft. Weil die Tatsache ist natürlich, dass man diese Fragen sehr unterschiedlich formulieren und priorisieren kann und es macht sehr viel Sinn, dass der Einwohnerrat mit einem Zwischenbericht weiss, wie die Fragestellung an diese Teams ist, was für ein Perimeter am Schluss gewählt wird oder welche Verwendungen dann priorisiert enthalten sind. Die SP erhofft sich, dass zeitgleich mit den Teams auch im Einwohnerrat eine Information erfolgt, wie diese Aufträge aussehen. Die SP ist nicht glücklich über das Vorgehen des Gemeinderats, aber sie stimmt beiden Anträgen zu.

Urs Brunner, SVP, ist der Ansicht, dass es mit zwei Planungsteams kein Nachtragskredit gebraucht hätte. Damit aber ein qualitativ hochwertiges Resultat erzielt werden kann, stimmt die SVP beiden Anträgen des Gemeinderats zu.

Peter Heiz, FDP: Für die FDP war die Beurteilung des Geschäfts schwierig, die Meinungen sind unterschiedlich. Sollte der Rückweisungsantrag abgelehnt werden, wird er sich wieder melden.

Roger Moll, Parteilos: Wie alle wissen waren die Parteilosen damals, als dieses Geschäft zum ersten Mal behandelt wurde, gegen diese Testplanung. Die Testplanung entspricht gar nicht den Vorstellungen der Grünen, sondern die Testplanung ist eine Planung, die nachher weiter geplant werden muss. Wir geben jetzt – falls der Antrag genehmigt wird – 258 000 Franken aus, aber er kann den Anwesenden versichern, dass das nochmals 200 000 Franken kosten wird, bis wir dann effektiv zum Vollzug kommen. Also werden wir am Schluss praktisch eine halbe Million ausgeben für diese Testplanung. Und das Resultat dieser Testplanung ist, dass wir alle wissen, dass wir Prioritäten haben. Der Gemeinderat weiss ganz genau, wo und wie er Prioritäten in Zusammenhang mit dieser Ortsraumplanung setzen muss. Sprich

Bauten für Bildung, Bauten für die Verwaltung, Bauten für die Turnhalle. Diese Prioritäten muss man setzen. Aus ihrer Sicht hat die Bildung oberste Priorität, also das Schulhaus. Dafür brauchen wir keine Testplanung, sondern dafür wäre effektiv – wie er es damals beantragt hat, sein Antrag wurde allerdings in einer zweiten Abstimmung zurückgewiesen – ein Projektwettbewerb sinnvoller gewesen. A) hätten wir Kosten gespart, weil wir stehen nicht in Rosen gebettet in dieser Gemeinde punkto Kosten und das ist auch die Verantwortung des Einwohnerrats, dass er sich bewusst ist, welche Ausgaben er tätigen will – genau so gut, wie es der Gemeinderat auch macht. Und das liegt in der finanziellen Verantwortung des Einwohnerrats, dass wir sorgfältig mit unseren Finanzen umgehen. Testplanungen sind «nice to have», das muss er klar, deutsch und deutlich sagen. Und falls der Antrag von Eduard Rietmann abgelehnt wird, wird er nochmals in der Detailberatung sprechen.

Die *Präsidentin Rahel Bänziger* weist darauf hin, dass es sich hier um eine Vorlage für einen Nachtragskredit handelt. Es wurde bereits bei der ersten Überweisung dieser Vorlage ausführlich darüber diskutiert. Jede Fraktion konnte dem Gemeinderat ihre Ansichten und Meinungen mitgeben und sie denkt, dass diese Ansichten und Meinungen beim Gemeinderat auch angekommen sind und heute nicht mehr alle wiederholt werden müssen.

Gemeinderätin Mirjam Schmidli, Grüne, möchte nochmals erklären, wieso gewisse Elemente dieser Testplanung, – deren Durchführung im Rat beschlossen wurde, – die jetzt möglicherweise zur Disposition gestellt werden sollen, unverzichtbar sind. Bei einer Testplanung handelt es sich um ein offenes und begleitetes Verfahren. Begleitet heisst, dass ein Büro mit einer ausgewiesenen Erfahrung den Prozess begleitet und sicherstellt : 1. dass die Aufgabenstellung klar formuliert ist, dass der Prozess zielführend voran geht und dass am Schluss ein Synthesebericht vorliegt, der alle Resultat und Lösungsvorschläge in konzentrierter Form beinhaltet, sodass die Entscheidungsgremien nachher damit weiterarbeiten können. Dieses Büro ist bereits bestimmt worden und hat mit der Arbeit begonnen. Weiter heisst ein offenes Verfahren auch, dass die Entwürfe der Büros gegenseitig offengelegt werden und dass man von den Ideen der anderen Büros profitieren kann und sie in die eigenen Vorschläge einarbeiten kann. Das ist eine ganz wichtige Möglichkeit, die man bei einem Wettbewerb nicht hat, dass man zum Beispiel sagen kann, Büro XY hat ein funktionelles Schulhaus entworfen und Büro YZ hat eine tolle Variante für die Aussenraumgestaltung, und dass man dann von jeder Planung das rauspicken kann, das man sinnvoll findet und das weiterentwickelt zu einem Ganzen, das in sich stimmig ist. Mit dieser Methode ist gewährleistet, dass am Schluss auch das rauskommt, was der Auftraggeber beabsichtigt hat. Die Büros nehmen den Auftrag in einer Kick-off-Veranstaltung entgegen. Der Auftrag ist in einem «Programm» formuliert, wo alle Funktionen gemäss Spezko-Bericht abgebildet sind. Das Programm wird am Mittwoch vom Begleitgremium verabschiedet. In welcher Form das dann dem Einwohnerrat zur Verfügung gestellt werden kann, ist auch Gegenstand dieser Sitzung vom Mittwoch. Dann wird es Workshops geben, daran werden drei Büros teilnehmen. Von der Auftragsgeberseite ist es das Begleitgremium, das aus den Fachexperten mit renommierten Architekten und auch einem Landschaftsarchitekten, und Sachexperten mit Vertretern der Politik und der Verwaltung (2 Gemeinderäte und die Abteilungsleitung HOP) besteht. Das Begleitgremium tagt unter der Federführung von Yellow Z. Weitere Experten ohne Stimmrecht können hinzugezogen werden. Die Öffentlichkeit ist während des Planungsprozesses nicht involviert. Die Entwürfe der Büros werden in den Workshops vorgestellt und kritisch diskutiert. Die Sachjury stellt sicher, dass Funktionen, die zwingend erfüllt sein müssen, auch wirklich abgebildet werden. Es sind aber auch städtebauliche Elemente und die Gestaltung des öffentlichen Raums zu beachten. Aus diesem Grund bestehen die Teilnehmer auch aus Teams, die Architekten, Städtebauer und auch Landschaftsarchitekten umfasst. Die Anzahl der teilnehmenden Büros in einer solchen Testplanung ist normalerweise drei bis fünf oder sogar noch mehr. Drei Büros sind das absolute Minimum. Es geht bei dieser Methode um die Vielfalt der Ideen, die zusammenkommen und in den weiteren Schritten weiterentwickelt und vermehrt werden können. Gemeinderätin Schmidli betont, dass es eine herausfordernde Ausgangslage ist. Wir planen nicht ein Schulhaus auf der grünen Wiese, wir reden hier von einem Perimeter, auf dem schon bestehende Anlagen und Gebäude stehen und wir wollen ein multifunktionelles Dorfzentrum, wir wollen zwei Primarschulen und wir wollen, dass der Dorfplatz nachher

eine hohe Aufenthaltsqualität aufweisen wird. Man soll sich mit dem Zentrum identifizieren können und man soll sich dort gerne aufhalten wollen. Dies sind komplexe Anforderungen und das kann man nicht einfach mit einem Wettbewerb lösen. Die Chance, dass sinnvolle und überzeugende Vorschläge erarbeitet werden, ist mit drei Büros wesentlich grösser als mit nur zwei Büros. Und das ganze Setting, das wir mit Yellow Z in Auftrag gegeben haben, ist auf drei Büros abgestimmt. Der Einwohnerrat hat ja auch Ja zur Methode Testplanung gesagt. Die Büros haben noch keinen Auftrag erhalten, aber sie wurden angefragt, ob sie Zeit dafür haben. Wenn der Einwohnerrat dem Nachtragskredit nicht zustimmen könnte und trotzdem an der Testplanung festhalten möchte, müsste im Begleitgremium diskutiert werden, welche Massnahmen getroffen werden müssten, mit möglichst wenig Abstrichen an der Qualität. Abstriche würde es geben, weil alles Überflüssige bereits gestrichen wurde. Es wäre etwas anderes, wenn 300 000 Franken bewilligt worden wären und dann noch zusätzlich ein Nachtragskredit beantragt wird. Aber so ist es ja nicht, die 200 000 waren für diese komplexe Fragestellung von Anfang an sehr knapp und das wurde auch schon immer so gesagt. Evtl. könnte dann nur ein Workshop durchgeführt werden statt zwei. Das wäre aber ein Risiko: wenn alle Büros auf dem Holzweg wären, hätte man nur noch eine Chance um diese wieder auf Kurs zu bringen. Gemeinderätin Mirjam Schmidli hofft, dass sie etwas zur Klärung beitragen konnte, wie eine Testplanung funktioniert. Übrigens sind nun wirklich alle Kosten transparent und vollständig aufgelistet worden. Das braucht es wirklich, um eine solche professionelle Testplanung durchführen zu können. Es ist auch eine Frage des Images von Binningen, dass wir das professionell durchführen. Es handelt sich um eine einmalige Gelegenheit, dass das Dorfzentrum geplant und gestaltet werden kann. Es wäre wirklich schade, wenn am Schluss wegen diesen paar tausend Franken das ganze Vorgehen gekürzt werden müsste. Sie bittet darum, dem Projekt diese Chance zu geben und dankt für den Beitrag dazu.

ABSTIMMUNG Rückweisungsantrag

Ja: 10 / Nein: 24 / Enthaltungen: 2

Der Rückweisungsantrag ist abgelehnt.

Bemerkung der Präsidentin Rahel Bänziger: Es wurde im Einwohnerrat darüber abgestimmt, dass wir eine Testplanung wollen und das ist ein Beschluss des Einwohnerrat aus einer anderen Sitzung und wir können heute kein Rückkommen auf diesen Antrag mehr machen.

DETAILBERATUNG

Gaida Löhr, SP, hat es schon beim Eintreten gesagt, dass sie eigentlich gerne einen Zwischenbericht bekommen würde, in dem auch inhaltlich sichtbar ist, dass wirklich die Punkte, die für sie wichtig sind, abgedeckt sind. Es ist ihr aufgestossen beim Bericht von Gemeinderätin Mirjam Schmidli, dass am Mittwoch überlegt wird, ob und in welcher der Einwohnerrat informiert werden soll. Deshalb stellt sie jetzt den Antrag, dass der Einwohnerrat informiert wird. Und zwar gleichzeitig oder zeitnah, wenn der Auftrag erteilt wird, sprich sicher in der nächsten Einwohnerratssitzung.

Peter Heiz, möchte noch den FDP-Standpunkt klar legen. Was die Fraktion geärgert hat, ist, dass drei Teams diesen Bericht unter die Lupe nehmen sollen, das findet die Fraktion unnötig. Hier werden wirklich wieder grosse Kosten geschaffen und insbesondere das Wort «gegenseitige Inspiration» hat ihnen zu denken gegeben. Da denkt er an «Kuschelkurs» und «Wellnessfarm» in einem Bericht. Umso mehr, als ja eigentlich nur profane Fragen beantwortet werden müssen, wie Geschossflächen, Bauvolumen und hier sollen ja die Unterschiede zwischen einzelnen Teams eher klein sein. Das ist der wunde Punkt, den sie hervorheben wollen. Die FDP würde den Antrag von Gaida Löhr bezüglich Zwischenberichts gerne unterstützen.

Urs Brunner, SVP: Die SVP unterstützt den Antrag.

Thomas Hafner, CVP/GLP: Die Fraktion CVP/GLP hat damals für die Entwicklungsplanung Dorf zugesagt. Sie wollten die Ausarbeitung dieser Gesamtplanung, sie haben auch zu einem Termin, im Spätherbst, sprich 1.10.2015, zugesagt. Sie mussten aber zur Kenntnis nehmen, dass beide vorgängig vorgestellten Sachen Wunschdenken geworden sind. Es ist wieder viel Zeit verstrichen, das hat sie gestört, der 1.10.2015 hat die Fraktion schon damals als sehr sportlich erachtet. Aber der Gemeinderat ist darauf eingegangen. Es ist sicher nicht nur ein Anliegen des Gemeinderats, dass durch die beauftragte Gesamtplanung ein umsetzbares und qualitativ hochwertiges Resultat entsteht. Das möchten sie in der CVP/GLP-Fraktion auch. Betreffend Antrag 1 zum Nachtragskredit ist die Fraktion überzeugt, dass diese Gesamtplanung für 200 000 Franken machbar ist. Sie haben sich ebenfalls an diesen vielen Teams und Workshops gestört. Insbesondere die Entschädigungshöhe der Jury mit einer Tagespauschale von 2300 Franken hat die Galle steigen lassen, für diesen Betrag würde er auch gerne kommen. Was sie auch gestört hat, ist der regionale Bezug: wir haben nichts gespürt von einem regionalen Bezug – kommt doch das Yellow Z-Team aus Zürich (sogar Berlin). Die CVP/GLP-Fraktion wird den Nachtragskredit zurückweisen. Betreffend Antrag 2, Terminaufschub, werden sie selbstverständlich Hand bieten, weil bereits wieder viel Zeit vergangen ist und er könnte sich vorstellen, dass auch der Januar 2016 wieder ein sportliches Ziel werden wird. Es ist aber falsch, dass man einfach meint, mit nur mehr Geld und viel mehr Zeit gäbe es automatisch bessere Planungsergebnisse. Er denkt, da ist es wichtig, dass man den Finger draufhält und er empfiehlt sogar, gewisse Abstriche zu machen, wie man vorher gesagt hat. Da liegt sicher noch etwas drin, dass man auf die 200 000 Franken kommt.

Roger Moll, parteilos, ist zum Antrag der SP geteilter Meinung. Einerseits ist es richtig, andererseits muss er sagen, wenn ein Zwischenbericht verlangt wird, vergeht wieder Zeit, bis er im Parlament ist, bis der Einwohnerrat entschieden hat und der Gemeinderat weiterarbeitet. Als wir dieser Vorlage Testplanung zugestimmt haben, sind wir davon ausgegangen, dass wir im Oktober 2015 die Grundlagen auf dem Tisch haben. Und jetzt wird es Mitte Januar – das heisst: Zeit gleich Geld.

Präsidentin Rahel Bänziger liest nochmals den Antrag vor, das beantwortet seine Frage. «Wenn der Auftrag formuliert ist (Programm/Broschüre) zeitgleich mit der Auftragserteilung Information an den Einwohnerrat in Form eines Zwischenberichts zur Kenntnisnahme.»

ABSTIMMUNG Antrag SP: «Der Gemeinderat wird beauftragt, zeitgleich mit der Auftragserteilung den Einwohnerrat mittels Zwischenbericht zur Kenntnisnahme zu informieren.»
Grossmehrheitlich angenommen

SCHLUSSABSTIMMUNG
Grossmehrheitlich genehmigt

BESCHLÜSSE

- ://: 6.1. Der Nachtragskredit von CHF 58 000 wird genehmigt.
 - 6.2. Der Terminplan mit Vorliegen der Resultate per Ende Januar 2016 wird genehmigt.
 - 6.3. Der Gemeinderat wird beauftragt, zeitgleich mit der Auftragserteilung den Einwohnerrat mittels Zwischenbericht zur Kenntnisnahme zu informieren.
-

Rückständebericht 2015

Die *Präsidentin Rahel Bänziger* schlägt vor, dass bei der Eintretensdebatte zu jedem Vorstoss allgemeine Bemerkungen und Anträge angekündigt werden können und dann in einem zweiten Schritt, in der Detailberatung, wird separat über jeden vom Gemeinderat zur Abschreibung vorgeschlagenen Vorstoss abgestimmt, und zwar nach der Diskussion. Das verhindert, dass wir hin und her springen. Der Rat ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

EINTRETEN

Sven Inäbnit, FDP: Als allgemeine Anmerkung möchte er dem Gemeinderat mitgeben, dass es wahrscheinlich sinnvoll ist, wenn man dem Einwohnerrat Vorlagen präsentiert, die konkret auf einem Vorstoss beruhen, wie zum Beispiel bei Antrag 1.2 Unterrichtsangebot an der Musikschule, wo ja eine Vorlage gekommen ist, und dass man bei diesen Fällen direkt einen Antrag zur Abschreibung des jeweiligen Vorstosses stellt. Das ist eigentlich so üblich. Es macht auch nichts, wenn wir das heute beschliessen, aber in Zukunft wäre das sicher das übliche Vorgehen, wenn es wirklich abschliessend fertig ist und der Gemeinderat zur Meinung kommt, damit ist das Postulat oder der Vorstoss klar erfüllt. Dann gibt es nämlich auch keinen Rückständebericht mehr.

Zu den eigentlichen Anträgen 1 bis 4 wird er noch kurz sprechen. Die Fraktion sieht bei Postulat 1 und 4 Diskussionsbedarf. Zur Motion 5 und 6 auf Seite 3 möchte er sagen, dass es dort um die Situation an der oberen Benkenstrasse geht. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass da sehr wenig (bis gar nichts) läuft, zumal die Sache seit 2011 hängig ist. Sie wären sehr froh, wenn dort wieder einmal ein wenig Zug in die Sache käme und mit Bottmingen weiter diskutiert wird, allenfalls mit Oberwil. Es werden auch Abklärungen oder Grundlagenerhebungen erwähnt, auch hier ist die Fraktion der Meinung, dass man das schon längstens hätte machen können. Die zuständige Abteilung bei der Verwaltung resp. der zuständige Gemeinderat werden gebeten, hier Holz ins Feuer zu legen und bald zu einem Abschluss zu bringen.

Gabriela Vetsch, SP, nutzt den allgemeinen Teil auch für zwei Bemerkungen zur Motion der SP, Punkt 8, Anpassung kinder- und jugendpolitisches Konzept. Es ist schon eine gute Erkenntnis, dass man gemerkt hat, dass eine reine Überarbeitung von dem, was da ist, überhaupt nicht reicht. Der Weg ist eigentlich offen für ein zeitgemässes kinder- und jugendpolitisches Konzept. Es ist sehr enttäuschend, wenn immer steht «mangels Ressourcen wurde das Geschäft zurückgestellt». Die SP bittet dringend darum, die Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion weiss, dass es nicht einfach ist, aber das muss jetzt einfach kommen, es ist wirklich ein dringendes Anliegen. Dies gilt auch für Punkt 10, Postulat Strukturanalyse der Bauabteilungen. Auch hier werden mangelnde Ressourcen genannt. Die SP hätte gerne, dass es vorwärts geht.

Meret Rehmann, Grüne/EVP: Die Fraktion der Grünen und der EVP können diesem Rückständebericht grundsätzlich nicht viel entgegensetzen. Sie sind einverstanden, dass die Vorstösse gemäss Antrag abgeschrieben werden. Bei den Vorstössen 1.2. und 1.3. hat der Einwohnerrat bereits einen Beschluss zur Erledigung gefasst. Die Fraktion bedauert allerdings die Abschreibung von Vorstoss 1.2. Fortsetzung des Unterrichtsangebots an der Musikschule. Bei 1.4. würde die SP die FDP unterstützen, falls diese gegen eine Abschreibung dieses Postulat wäre.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP, möchte eine kurze Information zur Anpassung des kinder- und jugendpolitischen Konzepts geben. Zurzeit läuft im Kanton ein übergeordnetes Projekt mit dem damit verbundenen Teilprojekt Situationsanalyse und Strategieentwicklung für Kinder- und Jugendförderung im Kanton Baselland mit dem Ziel, eine Übersicht zu bekommen. Wir wurden im März mit einer online-Befragung kontaktiert und haben auch daran teilgenommen. Daraus hat sich eine Anfrage für die Durchführung eines Partizipationsprojekts ergeben. Auch hier haben wir zugesagt, da wir uns daraus Syner-

gien und auch eine Basis für die Erstellung unseres eigenen Konzepts erhoffen. Der Start ist im Juni erfolgt, im Herbst wird die Durchführung erfolgen. Ein vorzeitiger Beginn der eigenen Arbeiten macht keinen Sinn. Im Herbst wird dem Gemeinderat ein Vorgehensplan zur Konzeptausarbeitung vorgelegt. Vorgeesehen ist eine Ist-Analyse mit einer anschliessenden Bedürfnis-Analyse, um nachher Projektvorschläge und Massnahmen abzuleiten. Daraus folgen dann die Entwicklungsziele und das eigentliche Konzept.

Gemeinderat Urs-Peter Moos, parteilos: Das Votum von Einwohnerrat Sven Inäbnit stösst auf offene Türen. Es ist in der Tat so, dass aufgrund der Umstände – insbesondere InterGGA – der Gemeinderat Prioritäten setzen musste und das eine oder andere Geschäft dementsprechend zurückgesetzt werden musste. Wir werden das nach den Sommerferien in Angriff nehmen können. Es ist auch im Interesse des Gemeinderats, diese Pendenz möglichst schnell zu erledigen.

Gabriela Vetsch, SP: Nur ganz kurz als Erwiderung: Sie hören das natürlich gerne, was geplant ist. Sie hätten es aber natürlich schön gefunden, wenn es schon hier gestanden hätte, dann hätte sie gar nichts sagen müssen.

Die Präsidentin stimmt dem zu.

DETAILBERATUNG

Postulat FDP: Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit

Sven Inäbnit, FDP: Er hat bereits angetönt, dass sich die FDP-Fraktion zu ihrem «Evergreen»-Postulat 'Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit' melden wird. Es wird geschätzt, dass bezüglich Kooperationen in den letzten Jahren einiges mehr gelaufen ist als in den vorgängigen fünf Jahren. Und die Fraktion nimmt auch zur Kenntnis, – das haben sie schon das letzte Mal mit Genugtuung getan, – dass man zum Beispiel bei den Zivilschutzorganisationen deutlich einen Schritt vorwärts gekommen ist. Hingegen bei den Bereichen Gemeindepolizei und Feuerwehr sieht die Fraktion noch immer kein Ende der Fahnenstange. Gerade bei der Gemeindepolizei, wo sich jetzt aufgrund des neuen kantonalen Polizeigesetzes alles am Finden ist, wo die Polizeiorgane in den Gemeinden jetzt klare Aufträge haben und sich das in anderen Nachbargemeinden noch entwickeln wird, (wir konnten lesen, dass Oberwil eine Gemeindepolizei einführt), ist absolut Handlungsbedarf da, dass man dort nach wie vor die Kooperation sicherstellt. Bis jetzt ist das noch nicht in diesem Ausmass vorgenommen worden oder es besteht auch noch Potenzial, dass man im unteren Leimental deutlich nochmals einen Schritt vorwärts kommt. Bei der Feuerwehr ist es ähnlich, dort ist es das Thema 'anstehende Ersatzbeschaffungen'. Man kann sich überlegen, ob es noch zeitgemäss ist, dass die Feuerwehren so losgelöst voneinander operieren. Sicher zur Zufriedenheit von allen Einwohnern, das ist hier überhaupt nicht zu diskutieren. Aber man sieht dort nach wie vor grosses Synergiepotenzial. Sven Inäbnit hat bezüglich Oberwil abgeklärt, wieso das dort nicht gehen soll. Es konnte ihm niemand erklären, was in Oberwil so speziell ist, dass man nicht einen Stützpunkt machen kann, der tatsächlich auch nach Binningen ausrücken würde. Die Distanz kann zum Beispiel keine Rolle spielen, wenn wir uns vorstellen, dass die baselstädtische Feuerwehr auch von der Lyss bis ins hinterste Gundeli ausrücken muss und das ist sicher nicht weniger weit als von Oberwil nach Binningen. Man sieht insgesamt gewisse Fortschritte, aber wir sind einfach noch nicht soweit, dass man diese Forderung abschliessen kann. Die Fraktion möchte gerne, dass der Gemeinderat diesen Auftrag hat, dass er ihn nach wie vor mit einer gewissen Priorisierung weiter erledigt und über die Fortschritte informiert. Die FDP-Fraktion beantragt, dem Gemeinderat nicht zu folgen und den Antrag 1.1., Abschreibung des Postulats, abzulehnen.

ABSTIMMUNG Antrag 1.1. Postulat FDP: Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit nicht abschreiben
Das Postulat wird nicht abgeschrieben

ABSTIMMUNG Abschreibung 1.2. Postulat Grüne/EVP und SP: Fortsetzung des Unterrichtsangebots an der Musikschule nach Abschluss der Sekundarstufe II
Grossmehrheitlich einverstanden

ABSTIMMUNG Abschreibung 1.3. Postulat Parteilose: Rudolph «Bolo» Mäglin-Strasse/-Weglein in Binningen
Grossmehrheitlich einverstanden

Postulat FDP: Schwachstellenanalyse (Einbruch- und Gewaltdelikte)

Sven Inäbnit, FDP: Die FDP-Fraktion hat vom Gemeinderat eine Antwort bekommen zum auf gemeindeebene vorliegenden Postulat. Es ist zu beachten, dass das Postulat, das die Kantonsebene in dieser Beziehung dazu bewegen soll, mit den Gemeinden zusammenzuarbeiten, im Landrat immer noch hängig ist. Es gibt einen Bericht des Regierungsrats, der Bericht ist aber im Moment in der zuständigen Kommission, die Kommission wird dann einen Bericht verfassen und dann erst kommt es in den Landrat. Insofern findet Sven Inäbnit den Zeitpunkt der Abschreibung vor dieser Landratsdebatte ungünstig, weil sich daraus möglicherweise für den Gemeinderat die nötige Substanz ergibt, um in diesem Thema weiterzufahren. Die FDP ist der Meinung, vorallem aus dem zeitlichen Meccano heraus, das Postulat im Moment noch nicht abzuschreiben und stehen zu lassen.

Zu diesem Thema möchte *Gemeinderat Daniel Nyffenegger* vor der Abstimmung erwähnen, dass wir hier auf der falschen Flughöhe sind. Dies wurde im Einwohnerrat schon einmal besprochen: die Gemeinde ist nicht für die Sicherheit zuständig, sondern der Kanton. Wir können nicht auf der einen Seite Gesetze im Kanton respektieren und auf Gemeindeebene durchsetzen, wo es klare Trennungen gibt zwischen Ruhe und Ordnung sowie Sicherheit. Und wenn es jetzt wieder um Sicherheit geht, ist plötzlich wieder die Gemeinde zuständig. Wir haben auch Gespräche gesucht, – der Gemeinderat hat darüber berichtet vor 1,5 Jahren, – wir waren bei Regierungsrat Reber, dort war die Stellungnahme auch klar, dass solche Informationen nicht bis auf die Gemeindeebene runter gehen. Daniel Nyffenegger möchte die Anwesenden bitten, dies bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

ABSTIMMUNG 1.4. Abschreibung Postulat FDP: Schwachstellenanalyse (Einbruch- und Gewaltdelikte)
Ja: 16 / Nein: 18 / Enthaltungen: 2
Das Postulat wird nicht abgeschrieben.

BESCHLUSS

://: Es werden folgende Vorstösse als erledigt abgeschrieben:
7.1. Postulat Grüne/EVP und SP: Fortsetzung des Unterrichtsangebots an der Musikschule nach Abschluss der Sekundarstufe II
7.2. Postulat Parteilose: Rudolph «Bolo» Mäglin-Strasse/-Weglein in Binningen

Erdbebenertüchtigung Primarschulhaus Neusatz: Bewilligung einer Investitionsausgabe für die Turnhalle Neusatz in der Höhe von CHF 800 000

BPK-Präsident Daniel Zimmermann, FDP: Die bereits beschlossenen Sanierungsarbeiten im Neusatz-Schulhaus laufen, und mit der Vorlage Nr. 142 vom Februar 2015 will der Gemeinderat Nachbesserungen in der Erdbebensicherheit und Akustik der Turnhalle realisieren. In Bezug auf den Kredit für die Erdbebenertüchtigung erachtet es die BPK als dringend, die notwendigen Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit möglichst rasch an die Hand zu nehmen. Die verlangte Überarbeitung der Massnahmen und der Variantenentscheid 'Unsichtbar' ist eindeutig der beste Lösungsvorschlag und wird von der BPK einstimmig zur Ausführung empfohlen. Die veranschlagten Kosten konnten im Detail nicht überprüft werden, weil der Detaillierungsgrad der Projektierungsbearbeitung noch nicht vorliegt. Ob der Kredit mit der Kostengenauigkeit von +/- 20% schlussendlich reicht, kann nur aufgrund von Erfahrungswerten von Architekten abgeschätzt werden. Das Vorgehen hat verschiedene Mitglieder der BPK befremdet und bringt gewisse Unsicherheit in der Beurteilung des vorliegenden Projekts. Auch beim zweiten Kreditantrag für die Sanierung des Turnhallenbodens war es der BPK nicht möglich, die detaillierten Kostenberechnungen anzuschauen. Der Kreditantrag basiert auf einer Unternehmer-Richtofferte und wird nach der Kreditverteilung detaillierter projektiert. Dass die Akustik in den unterliegenden Räumen sehr schlecht ist, konnte die Kommission vor Ort bestätigen. Für die Weiterbearbeitung dieser Sanierung empfiehlt die BPK aber die Beiziehung eines Akustikspezialisten, der die Arbeiten vor Ort überwacht und am Schluss Erfolgsmessungen macht. Bei beiden Kreditanträgen hat die BPK immer wieder das Problem der Kostengenauigkeit festgestellt und ist der Meinung, dass der Gemeinderat für zukünftige Baukreditvorlagen eine andere Praxis wählen muss. Auch die vorliegende Baukostenabrechnung für die kontrollierte Lüftung im Meiriackerschulhaus des Geschäfts Nr. 159 zeigt dies sehr schön auf. Ein Bauprojekt muss im Detail geplant sein und die Kostenberechnung muss genau sein. Aus den gemachten Gesamtüberlegungen zum Thema Baukostenplanung stellt die BPK deshalb einen zusätzlichen Antrag und bittet den Einwohnerrat, diesem Antrag zu folgen. Mit diesem Vorgehen wird der Gemeinderat in der Projektverantwortung noch besser in die Pflicht genommen und Baukreditvorlagen werden dem Einwohnerrat transparenter vorgelegt. Die BPK kann den beiden Kreditvorlagen gemäss den Überlegungen im vorliegenden Schlussbericht einstimmig zustimmen.

EINTRETEN

Thomas Hafner, CVP/GLP, bedankt sich bei der Bau- und Planungskommission für den guten und ausführlichen Bericht. Der Bericht ist in der Fraktion gut aufgenommen worden und auch diskutiert worden. Anstelle von einem Antrag durch den Gemeinderat ist die Erdbebenertüchtigung und der Turnhallenboden in zwei separate unabhängige Baukredite aufgeteilt und vorgeschlagen worden. Auch unabhängig vom Geschäft 142 unterbreitet die BPK dem Einwohnerrat einen weiteren Auftrag. Der Gemeinderat erstellt Richtlinien für sämtliche Baukostenplanungen für Baukreditsvorlagen. Die CVP-/GLP-Fraktion ist davon überzeugt, dass mit Hilfe von zukünftigen Arbeitshilfen, wie Richtlinien für die Baukostenplanung, allen Personen innerhalb der Gemeinde Binningen geholfen wird, da alle Beteiligten eine klar definierte Vorgabe erhalten. Die CVP-/GLP-Fraktion begrüsst und folgt allen drei Anträgen der BPK und hofft auf die Unterstützung. Sie empfehlen, dass der Einwohnerrat den drei Anträgen der BPK zustimmt.

Anne Platten, SP: Die SP-Fraktion unterstützt alle drei Anträge. Unbestritten waren die beiden ersten Anträge, d.h. der Baukredit zur Erdbebenertüchtigung der Turnhalle Neusatz und der Nachtragskredit für den Ersatz des Turnhallenbodens zur Verbesserung der Akustik im neuen Sockelgeschoss. Der Antrag 4.3 hingegen hat in der Fraktion zu Diskussionen geführt. Grundsätzlich unterstützt die Fraktion das Erstellen einer Richtlinie für die Baukostenplanung von zukünftigen Bauprojekten. Die SP-Fraktion spricht sich aber grossmehrheitlich für ein Vorgehen in zwei Phasen aus. D.h. der Einwohnerrat ent-

scheidet zwei Mal. Die erste Phase gibt dem Gemeinderat Gelegenheit frühzeitig herauszufinden, was der Einwohnerrat will und in einem zweiten Schritt wird dann die Kostenangabe mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10% vorgelegt. Damit sollten mit gleichem Arbeitsablauf und -aufwand eine grössere Kostengenauigkeit und eine bessere Entscheidungsgrundlage erreicht werden. Die eventuelle zeitliche Verzögerung durch das zweistufige Vorgehen ist nach Meinung der SP-Fraktion weniger nachteilig als eine weniger detaillierte Entscheidungsgrundlage. Zudem werden weniger Kosten verursacht, falls der Einwohnerrat ein Projekt bereits in der ersten Phase ablehnt.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Auch die Grüne/EVP bedankt sich bei der BPK für den ausführlichen und informativen Bericht. Auch die Variantenwahl war in der Fraktion unbestritten, dazu haben sie sich schon geäußert. Die Fraktion teilt die Ansicht der BPK, dass der Hallenboden schalltechnisch entkoppelt werden muss und gleichzeitig auch renoviert. Die Grüne/EVP befürwortet auch, dass die akustischen und bautechnischen Aufgaben von Anfang bis Ende geplant und ausgeführt werden müssen. Messungen vor und nach Abschluss der Bauarbeiten sind auch für die Fraktion selbstverständlich, sonst würde die ganze Übung nicht viel bringen. Bauvorlagen sind ja nicht nur einfach ein Hobby des zuständigen Gemeinderats, sondern meistens auch in der Sache – nicht immer in den Kosten – nötig. Darum darf dies nach Meinung der Fraktion schon auch etwas genauer offeriert werden und die Kostengenauigkeit endlich auch bis +/- 10% gelegt werden. Die Fraktion ist gespannt auf die geforderten Richtlinien für die Baukostenplanung und stimmt allen Anträgen der BPK zu.

Urs Brunner, SVP: Die SVP-Fraktion unterstützt alle drei Anträge der BPK.

Pascal Treuthardt, FDP: Über die Kostengenauigkeit haben wir jetzt schon relativ viel gehört, also fasst er sich kurz. Die FDP-Fraktion unterstützt die Anträge der Kommission und hofft, dass wir in Binningen noch lange von einem Erdbeben verschont bleiben.

Roger Moll, parteilos, möchte noch eine Bemerkung machen zum Gesagten. Die Eckpunkte, die im Bericht der BPK beschrieben sind, findet die Fraktion sehr gut und sie gehen in die richtige Richtung.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP: Der Gemeinderat bedankt sich für die Behandlung in der BPK und die Auseinandersetzung mit diesem Geschäft. Die einzelnen Anträge sind ja eigentlich unbestritten und der Gemeinderat ist froh, dass er das so in die Hand nehmen kann. Eine Richtlinie für die Kostengenauigkeit kann der Gemeinderat gerne entgegennehmen, das bedingt aber, wie es schon erklärt worden ist, dass wir ein stufenweises Vorgehen haben: in einem ersten Schritt wird beim Einwohnerrat abgeholt, ob der eingeschlagene Weg richtig ist und in einem zweiten Schritt, mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10%, ob der Auftrag wirklich ausgeführt werden kann.

ABSTIMMUNG Antrag 4.1 und 4.2
einstimmig gutgeheissen

ABSTIMMUNG Antrag 4.3
einstimmig gutgeheissen

BESCHLUSS

- ://: 8.1. Der Baukredit für die Erdbebenertüchtigung der Turnhalle Neusatz (Variante «unsichtbar») in der Höhe von CHF 670 000 (inkl. MwSt. von 8 %) wird genehmigt.
- 8.2. Der Nachtragskredit zu Lasten des Projekts «Ausbau Sockelgeschoss Turnhalle Neusatz» für den nachträglichen Ersatz des Turnhallenbodens (Verbesserung der Akustik) in der Höhe von CHF 130 000 (inkl. MwSt. von 8 %) wird genehmigt.

- 8.3. Der Gemeinderat erstellt eine Richtlinie für die Baukostenplanung sämtlicher Baukreditvorlagen und greift die im Bericht der BPK genannten Eckpunkte darin auf.
-

**Umsetzung kommunale Schulraumplanung:
Energetische Sanierung des Primarschulhauses Mühlematt
Erdbebenertüchtigung des Primarschulhauses Mühlematt**

BPK-Präsident Daniel Zimmermann, FDP: Der Gemeinderat hat mit seinen beiden Vorlagen zur Schulanlage Mühlematt zwei unterschiedliche Wege aufgezeigt. Einerseits will er eine Teilsanierung mit baulichen Investitionen sofort ausführen, andererseits ist die Planung der umfangreichen Gesamtsanierung am Laufen. In der Detailberatung der beiden Geschäfte hat die BPK schnell festgestellt, dass es nicht sinnvoll ist, die beiden Geschäfte separat anzuschauen und hat die Betrachtung über alles gemacht. In den wesentlichen Grundsatzfragen zu diesen einzelnen Sanierungsarbeiten kann die BPK den Empfehlungen der Fachgruppe, die der Gemeinderat eingesetzt hat, folgen. Die detaillierten Informationen und Anträge der BPK sind im vorliegenden Bericht zu finden. Die gemachten Überlegungen des Sanierungskonzepts beurteilt die BPK als wertvolle Grundlage für eine gesamtheitliche Sanierungsplanung über die gesamte Schulanlage. In der Projektvorstellung der Planer und Architekten hat sich schnell gezeigt, dass verschiedene Sanierungsarbeiten in den Ausführungsarten Abhängigkeiten zu anderen Teilprojekten haben und sich als etablierte Sanierung in mehreren Tranchen als sehr schwierig erweisen und kostenmässig nicht interessant sind. Die Fachleute empfehlen eine gemeinsame Sanierung über alle Arbeiten. Die BPK konnte sich von diesem Lösungsansatz überzeugen und ist auch der Meinung, dass eine gesamtheitliche Sanierungsplanung in Bezug auf Qualität, Kosten und Termingenauigkeit sinnvoll ist. Erfahrungsmeldungen von anderen Schulsanierungen im Kanton zeigen, dass es auch von den Benutzern sehr verdankt wird, wenn geplant und einmalig gebaut werden kann. Der Schulbetrieb wird dann nicht ständig unterbrochen und mit den nötigen provisorischen Lösungen kann man einen geordneten Schulablauf garantieren. Der Einwohnerrat hat ja bereits im Dezember 2012 einen Kredit im Geschäft 230 für die energetische Sanierung gesprochen. Für die weiteren Gesamtplanungsarbeiten muss der Einwohnerrat keine weiteren finanziellen Mittel sprechen, da nach Auskunft des Gemeinderats genügend Geld vorhanden ist. Aus den gemachten Gesamtüberlegungen stellt die BPK die vorliegenden Anträge dem Einwohnerrat zur Genehmigung vor. Die BPK möchte an dieser Stelle der Verwaltung und dem zuständigen Gemeinderat für die offenen und sehr konstruktiven Gespräche danken.

EINTRETEN

Thomas Hafner, CVP/GLP: Die CVP-/GLP-Fraktion bedankt sich auch bei diesem Bericht bei der Bau- und Planungskommission. Auch dieser Bericht wurde gut aufgenommen und diskutiert. Der Vorschlag, alle vom Gemeinderat in Aussicht gestellten Teilsanierungen in mehrere Etappen über etliche Jahre aufzuteilen, ist schlussendlich auch kostenmässig die schlechtere Lösung – wie wir vorher gehört haben. Die Fraktion erachtet die Ausarbeitung eines Gesamtsanierungsprojekts für die Schulanlage Meiriacker als die beste Lösung, was schlussendlich nicht teurer – oder wahrscheinlich nicht teurer – aber konzeptionell sicher die besten Voraussetzungen für gutes Gelingen bei diesem Bauvorhaben ermöglicht. Die Fraktion bedankt sich bei der Kommission für diese weitsichtigen Gedanken. Auch ist die Fraktion davon überzeugt, dass der Gemeinderat bezüglich Finanzierung zu einem späteren Zeitpunkt einen neuen Weg zugunsten des Meiriackerschulhauses aufzeigen kann, er wird sicher etwas anderes finden lassen, das man terminlich anstelle des Schulhauses zurückschieben kann. Die CVP/GLP-Fraktion folgt allen vier

Anträgen der BPK und hofft auf eine breite Unterstützung. Sie empfiehlt die Zustimmung aller vier Anträgen.

Urs Brunner, SVP: Die SVP-Fraktion unterstützt die vier Anträge der BPK.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Auch die Grüne/EVP bedankt sich für diesen ausführlichen, informativen und ausgewogenen Bericht. Die Fraktion wird auch alle Anträge annehmen. Sie bittet den Gemeinderat aber, bei der nächsten Kreditvorlage die Auswirkungen auf die jährlichen Energiekosten / Einnahmen durch den Stromertrag und die CO²-Reduktion mit neueren Zahlen aufzuzeigen.

Philippe Spitz, SP: Die SP-Fraktion dankt auch der BPK und den involvierten Personen für die Arbeit und die Berichterstattung. Es ist sinnvoll, die beiden Geschäfte 143 und 144 zusammenzulegen. Es ist auch ein bisschen mehr, als ein symbolischer Beitrag gegen eine Pflästerli-Politik und im Endeffekt wird es so wohl auch – da ist auch eine gewisse Hoffnung damit verbunden – günstiger, wenn man es in einem Aufwisch erledigen kann. Es gibt wenig beizufügen zum Bericht der BPK, vieles steht im Bericht und BPK-Präsident Daniel Zimmermann hat bereits viel ausgeführt. Grundsätzlich ist das Geschäft unbestritten, Erdbebensicherheit/Erdbebenertüchtigung ist wichtig und richtig, ebenso natürlich die energetische Sanierung. Auf ein paar wenige Punkte möchte er noch eingehen: Die Fraktion erachtet es als wichtig und auch richtig, dass man weiterhin manuell lüften kann in diesem Schulhaus. Man hätte sich aber auch überlegen können, dass die mechanische Lüftung durch manuelles Lüften übersteuert werden kann. Der Brandschutz ist bisher noch eine Blackbox in dieser Vorlage, hier werden wir schauen, was sich da ergibt. Sie hoffen das beste, dass da nicht noch eine Kostensteigerung kommt. Auch die Arbeitsplätze im Gang waren ein Thema in der Fraktion. Offenbar gibt es in diesem Schulhaus viele Gangplätze. Das ist natürlich bedauerlich, dass dieser Platz eigentlich ein bisschen verschwendet wird und es gibt durchaus einige Fraktionsmitglieder, die da die Akustiksituation gerne behoben hätten. Auf jeden Fall könnte es deshalb einige Enthaltungen geben von der SP-Fraktionsseite. Vor allem soll das Ganze nicht heissen, dass man nicht weiterhin im Gang arbeiten kann – soweit man sich wenigstens hören kann. Im Sinne des Gesagten wird von der Fraktion grundsätzlich zu allen Anträgen Zustimmung erfolgen und auch den anderen Mitgliedern des Einwohnerrats empfohlen.

Pascal Treuthardt, FDP: Auch die FDP-Fraktion dankt allen Beteiligten, die das angerichtet haben und der BPK natürlich. Die Fraktion unterstützt die Anträge der Kommission und hofft, dass die Planung jetzt rasch vorangetrieben wird.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP, bedankt sich für die Entgegennahme dieses Berichts. Er dankt auch für die Bearbeitung in der BPK. Der Gemeinderat ist ursprünglich davon ausgegangen, dass die Arbeiten aus finanzpolitischen Gründen aufgeteilt werden, wir haben leider noch mehr Eisen im Feuer, die wir machen müssen. Das ist ein relativ grosses Projekt, das jetzt gestartet wird. Und das wird uns herausfordern, dass wir dann weitere Finanzmittel für noch dringendere Sachen bereitstellen können. Aber das wird dann sicher in den weiteren Geschäften diskutiert. Wir können auf diesem Weg weitergehen. Wir sind hier in diesem Projekt eigentlich auf dem Weg, wie es der Einwohnerrat im vorherigen Geschäft vorgeschlagen hat, dass wir auf Ziellinie von +/- 10% kommen und nicht gerade jetzt einen Kredit verlangen, den wir bis Bauvollendung durchziehen können.

ABSTIMMUNG Anträge 4.2 bis 4.4.
Einstimmig zugestimmt

BESCHLUSS

- ://: 9.1. Der Einwohnerrat nimmt die beiden Vorlagen Nr. 143 und Nr. 144 zur Sanierung des Mühlemattschulhauses zur Kenntnis.
- 9.2. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat mit der unverzüglichen Ausarbeitung eines Gesamtsanierungsprojektes für die Schulanlage Mühlematt. Die Empfehlungen der BPK unter Kapitel 2.3 sind vollumfänglich in das Projekt aufzunehmen.
- 9.3. Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Ausschreibung für einen Generalplanerauftrag (alle Teilphasen vom Vorprojekt bis Projektabschluss, Kostengenauigkeit +/-10 %, Schritt 1 vom BPK-Bericht) zu Lasten des Kredites «Schulraumplanung», Beschluss Antrag 10 / ER 10.12.2012, zu starten.
- 9.4. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Konsequenzen in der Liegenschaftsstrategie Binnigen (Geschäft Nr. 100 / ER 20.1.2015) bei der nächsten Kreditvorlage für die Gesamtsanierung Schulanlage Mühlematt aufzuzeigen.
-

Traktandum 10

Nr. 153

Kreditabrechnung Garderobengebäude Spiegelfeld

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 14. September 2015 traktandiert.

Traktandum 11

Nr. 159

Kreditabrechnung Schulraumplanung Mühlematt und Meiriacker

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wurde zurückgezogen.

Traktandum 12

Nr. 160

Kreditabrechnung diverser Investitionskredite (Schloss)

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 14. September 2015 traktandiert.

Traktandum 13

Nr. 141

Postulat: Kommunale Energieplanung

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 14. September 2015 traktandiert.

Traktandum 14

Nr. 140

Interpellation: Sanierungsprojekt Winterhalde

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 14. September 2015 traktandiert.

Traktandum 15

Nr. 161

Zwischenbericht – Kommunale Finanzentwicklung

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 14. September 2015 traktandiert.

Frage 1: Was für eine Absicht steht hinter dieser nochmaligen Mitwirkung mit den Grundeigentümern, im Wissen dass ein Teil der Eigentümer keinen Vollausbau mit Landabtretungen wollen?

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Aufgrund der Rückweisung dieses Geschäfts durch den Einwohnerrat an den Gemeinderat möchte der Gemeinderat sehr genau vorgehen und den Eigentümern nochmals die Möglichkeit geben, sich einzubringen. Der Bau- und Strassenlinienplan ist soweit klar und deshalb ist diese Frage nicht von dieser Umfrage tangiert.

Frage 2: Wieso projiziert der Gemeinderat eine Variante mit Trottoir, welche nicht dem Beschluss des Einwohnerrats vom 24.2.2014 entspricht?

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Der Gemeinderat prüft nach der Rückweisung sämtliche Optionen und wird dem Einwohnerrat verschiedene Varianten zur Entscheidung vorlegen.

Frage 3: Hat der Gemeinderat in der Funktionalität des kommunalen Strassennetzes eine klare Projektierungsabsicht mit einer definierten Zielformulierung oder werden zukünftig alle Projekte mit Varianten zuerst der Bevölkerung zur Meinungsbildung vorgelegt?

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Es ist nicht vorgesehen, dass jedes Mal eine Umfrage durchgeführt wird. Aber wenn es der Gemeinderat für angebracht hält, werden die Bevölkerung resp. die direkt Betroffenen bei einem Projekt einbezogen.

Frage 4: Kennt der Gemeinderat den Planungsprozess von Bauprojekten mit dem richtigen Zeitpunkt der gesetzlich verlangten Mitwirkung für die Baubewilligung?

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Ja, der Gemeinderat kennt den Planungsprozess von Bauprojekten.

Frage 5: Gedenkt der Gemeinderat nach Auswertung der Varianten-Umfrage den Beschluss des Einwohnerrates vom 24.2.2014 vollumfänglich umzusetzen?

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat gemäss Einwohnerratsbeschluss eine sehr transparente Vorlage mit den Varianten übergeben, und der Einwohnerrat wird innerhalb von dieser Investitionsvorlage entscheiden können, was und wie er es gerne umgesetzt haben möchte.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP, möchte die Anfrage zum Imhof-Haus nutzen, um den Einwohnerrat über den Stand zu informieren. Um 18.32 Uhr heute Abend ist es gelungen, eine aussergerichtliche Einigung zu finden, so dass wir jetzt also die Arbeiten in Angriff nehmen können. Wir werden jetzt so rasch wie möglich mit der Bauverwaltung und den Unternehmungen das Vorgehen beziehungsweise den Terminprogramm abstecken. Der Gemeinderat wird auch noch eine offizielle Mitteilung machen, dass es hier weitergeht und in dieser Mitteilung auch den Termin nennen. Ganz klar: unser angestrebtes Ziel ist, dass wir Ende dieses Jahr diese Thema – hoffentlich – ein für alle Mal vom Tisch haben. Jetzt hat uns noch eine Anfrage erreicht mit ganz vielen Fragen und in Anbetracht der Zeit und vor allem im Sinn und Zweck, wem die Antworten dienen, verzichtet er darauf, diese im Detail zu beantworten.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP: Die Gemeinde hat eine Klage vor dem Zivilgericht West eingereicht. Es ist eine Klagesumme von 80 000 Franken eingereicht worden. Derzeit läuft immer noch der Schriftwechsel mit dem Zivilgericht. Nachdem das Gericht bestimmt, welche Beweise abgenommen werden und dann auch wie und wann die Hauptverhandlung durchgeführt wird. Das heisst, wir haben es an der entsprechenden Stelle eingebracht und die weiteren Fortschritte können wir nur bedingt beeinflussen.

Diversa

Gemeinderätin Barbara Jost, SP, möchte gerne die Gelegenheit nutzen, den Einwohnerrat über ein aktuelles Thema zu informieren. Wir lesen täglich von der grossen Zahl Asylsuchende, von den Flüchtlingsströmen, die auch die Schweiz erreichen. Beim Bund sind die Gesuchszahlen vom Mai gegenüber dem Vormonat um 60% gestiegen. Mit einer kurzen Verzögerung wird dieser Anstieg auch in den Gemeinden spürbar. Der Bund weist dem Kanton Basel-Landschaft 3,7% von allen Asylbewerbenden zu und der Kanton Basel-Landschaft geht im Moment davon aus, dass für die nächsten drei Monate der bestehende Platz, der in den Gemeinden im Moment besteht, noch ausreichend ist und dass dann sehr wahrscheinlich Handlungsbedarf besteht. Der Regierungsrat hat die Aufnahmequoten für die Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft auf 0,8% festgesetzt. In Binningen können wir im Moment eine Quote von 0,72% bieten, das sind 108 Plätze, 0,8% wären 120 Plätze. Unsere Plätze sind noch nicht voll ausgeschöpft, der Andrang in den Gemeindestrukturen ist noch nicht so hoch, wir haben da also noch geringfügige Kapazitäten. Das ist wirklich auf Bundeszentrenebene, wie Arlesheim, das jetzt ein Bundeszentrum aufmacht. Wenn wir 0,8% bieten müssen, hat Binningen Handlungsbedarf. Das ist nicht neu, das hat der Gemeinderat bereits erkannt und hat das ja auch aus diesem Grund in die Liegenschaftsstrategie aufgenommen. Das Finden und/oder Schaffen von Asylwohnraum ist für Binningen eine Herausforderung. Falls jetzt wirklich auf Bundesebene ungebremst Asylbewerbende aufgenommen werden und diese dann auch zeitnah auf Kantone und Gemeinden verteilt werden, müssten auch wir evtl. die Öffnung einer Zivilschutzanlage in Betracht ziehen. Wir warten ab, wie es sich entwickelt.

Gemeinderätin Heidi Ernst, SP, hat zwei kurze Mitteilungen: Vor ein paar Wochen ist der erste Geschäftsbericht/Jahresbericht der zusammengeschlossenen grossen Spitex-Organisation ABS Allschwil, Binningen, Schönenbuch herausgekommen. Der Bericht ist in jeder Hinsicht erfreulich. Man kann sagen, dass sich die 5-jährige Vorbereitungszeit in jeder Hinsicht gelohnt hat und es ist kein Papiertiger geworden, sondern hat sich im Alltag bewährt. Und noch etwas zur Bettenauslastung in den beiden Alters- und Pflegeheimen in Binningen: die beträgt im Moment 96%.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP: An der letzten Einwohnerratssitzung wurde dargelegt, wie es weitergeht mit dem revidierten Personalreglement. Die Vernehmlassung startet jetzt Anfang Juli und so werden die Einwohnerräte entsprechend Post erhalten.

Dann hat er eine sehr erfreuliche Information im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung der Pensionskasse. Er durfte an der letzten Sitzung sagen, dass der Betrag bei der Spitex, die wir ausfinanziert haben, ja deutlich günstiger geworden ist. Jetzt haben wir auch die Rechnung für die Gemeinde erhalten und auch dort sind wir rund 700 000 Franken unter den hier noch diskutierten provisorischen Zahlen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über weitere Optimierungsmöglichkeiten im Haushalt konnten wir heute leider nicht mehr diskutieren über den Bericht der BDO, das kommt aber auf jeden Fall im September. Der Gemeindepräsident möchte informieren, dass der Gemeinderat noch eine zweite Untersuchung in Auftrag gegeben hat, die mit der Struktur zu tun hat. Der Gemeinderat wollte sich auch ein Bild darüber verschaffen, wie unsere Strukturen in der Verwaltung und auch im Zusammenspiel mit dem Gemeinderat beurteilt werden. Diese Beurteilung soll uns einerseits zeigen, ob die Effizienz und die

Abläufe gut sind, andererseits soll sie aber auch Inputs geben auf die Beantwortung der Frage, ob WoV der richtige Ansatz ist. Und dann hätte er dem Einwohnerrat heute gerne den Forecast/Ausblick gegeben, wo wir mit der laufenden Finanzsituation stehen. Der Regierungsrat möchte morgen an seiner Sitzung über den Finanzausgleich befinden und diese Zahl ist für eine Aussage sehr, sehr wichtig. Deshalb muss er den Einwohnerrat leider noch vertrösten.

Vize-Präsident Christoph Anliker, SVP, dankt Rahel Bänziger für die vergangene Amtszeit als Präsidentin. Sie war manchmal eine strenge Dirigentin, was aber zu einem effizienten Ratsbetrieb geführt hat und ihm eine fast leere Pendenzenliste übrig gelassen hat. Er hofft, dass er den Weg, den sie in der Führung des Einwohnerrats eingeschlagen hat, übernehmen kann und wünscht ihr ab Juli viel Spass, wenn sie wieder im Orchester mitspielen darf. Ebenfalls verdanken möchte er den alljährlichen Einwohnerrat-Ausflug von letztem Samstag, an dem sie bei super Wetter auf Kutschen durch Binningen gefahren sind, das Pferdesportzentrum besichtigt haben, einen Imbiss beim Paradieshof eingenommen haben und zum Schluss noch eine sehr informative Führung im Bruderholzspital erlebt haben, wo sie sogar selber operieren durften.

Präsidentin Rahel Bänziger, Grüne/EVP, räumt heute das Orchesterpult und übergibt es ihrem Nachfolger Christoph Anliker. Ihre beiden Ziele in diesem Amtsjahr waren Effizienz und Nachhaltigkeit. Ihr erstes angestrebtes Ziel war es, die Sitzungen effizient und fair zu leiten und dank der Mithilfe der Ratskollegen durfte ihr dies gelingen. Grosser Dank gebührt hier vor allem dem Einwohnerrat, der sehr gut mitgespielt hat – auch wenn das von ihr vorgeschlagene Tempo «Allegro» vielleicht manchmal ein bisschen gar schnell gewesen ist und der Einwohnerrat doch lieber das gemütlichere «Andante» gehabt hätte. Gerade bei der Einhaltung vom Takttempo war ihr Christoph Anliker eine sehr grosse Hilfe. Er wusste genau, bei welchen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten er jeweils die Stoppuhr starten musste und bei welchen dies nicht nötig war. So konnte sie die betreffenden Räte darauf aufmerksam machen, wenn ihre innere Uhr nicht mit der äusseren Uhr übereingestimmt hat und sie ihre Soloeinlagen beenden sollten, damit nämlich auch die anderen MusikerInnen zum Spiel kommen konnten. Denn dass alle reden, bzw. mitspielen, die etwas zum Stück beitragen wollten, war ihr sehr wichtig. Das ist ja auch die Aufgabe des Parlaments, «parlare»/reden. Und sie ist sehr froh, dass nicht nur geredet wurde, sondern dass einander auch oft zugehört wurde. Denn nur so war es möglich, dass ein guter Kompromiss bei der längst überfälligen Steuererhöhung gefunden werden konnte und so der Gemeinde Binningen die finanzielle Handlungsfreiheit zurückgegeben werden konnte. Das war dringend nötig. Nur durchs Zuhören war es auch möglich, dass im Rat ein Energiefonds geschaffen werden konnten, der es Binningen jetzt erlaubt, erneuerbare Energien zu fördern und zukunftssträchtige Projekte finanziell zu unterstützen. Diese vorbildliche Tat hat uns als Einwohnergemeinde Binningen sogar einen Preis eingebracht - den Energiepreis von der Ökogemeinde. Das war ein Höhepunkt im Amtsjahr der Präsidentin und zugleich ein grosser Schritt in die Erfüllung ihres zweiten Ziels, nämlich die Nachhaltigkeit – wobei natürlich auch die Steuererhöhung als finanziell nachhaltig bezeichnet werden kann. Ihr Wunsch war auch ein respektvoller Umgang untereinander und miteinander in der Debatte innerhalb und auch ausserhalb des Saals vor allem in der Presse. Das hat sie von der Seite des Einwohnerrats erlebt und auch dafür möchte sie sich beim Rat bedanken. Jetzt noch zwei kurze Bemerkungen zum Schluss: 1. Es tut ihr ausserordentlich leid für Jürg Humbel, dass er jetzt seine geliebte Anrede «Frau Präsidentene» nicht mehr sagen kann und jetzt kann sie es auch sagen, so ganz glücklich war sie mit dieser Anrede gar nie. Und die zweite Bemerkung: bald darf sie wieder mitspielen und musizieren, mitdiskutieren und debattieren, darauf freut sie sich. Denn es ist schon etwas anderes, vorne zu sitzen und ein Orchester zu dirigieren, als einfach nur mitzumusizieren. Jetzt sieht sie auch ihren Chordirigenten in einem ganz anderen Licht und bringt ihm in Zukunft viel mehr Verständnis entgegen. Jetzt bleibt nur noch, allen für die grosse Herausforderung und Möglichkeit zu danken, dass sie den Einwohnerrat für ein Jahr leiten durfte. Die Präsidentin wünscht allen einen schönen Abend sowie einen erholsamen, politikfreien und vor allem wunderschönen Sommer. Sie dankt allen Ratsmitgliedern und den Mitgliedern der Verwaltung und dem Gemeinderat für das entgegengebrachte Vertrauen und schliesst die Sitzung. Im Hintergrund steht bereits der Apéro bereit, zu dem alle herzlich eingeladen sind.

Ende der Sitzung: 22.10 Uhr

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 14. September 2015, 19.30 Uhr.